

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 23

Gründet: 1880.
Verlagspreis: Vierteljährlich 1,50 DM. Nur Postbezugs.
Zerlegung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 29. Mai 1932

Verlag: Berlin G 2, Neuer Markt 5-12 IV
Telefon: Berlin E 2, Ruppberg 1120.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Unser Verbandstag.

Im besten Frühlingsmumme präsentierte sich Leipzig den im Laufe des 21. und 22. Mai eintrifftenden Delegierten unseres Verbandstages. Schon die mächtige Bahnhofshalle übermittelte dem Neuling einen nachhaltigen Eindruck und das rege sprudelnde Leben in und vor dieser Halle charakterisierte den Ort unserer diesmaligen Tagung als eine Stätte des besten Gewerbestandes. Dieser Eindruck wurde vertieft, wenn sich der Ankömmling mitten durch die innere Stadt hindurch nach dem Volkshaus begab. Vorbei an alten historischen Plätzen und Gebäuden, die die Erinnerung an längst vergangene Zeiten wecken und Epochen wachrufen, die in unserer Zeitung als wertvolle Dokumente des erwachenden Freiheitsdranges der Buchbindergehilfen früherer Jahrhunderte geschildert worden waren, ging der Weg durch die Altstadt. Doch nicht mehr unverfälscht zeigt sich diese. Neben den Stätten, die in Literatur und Kunst ein dauerndes Gedenden fanden, machen sich heute die Zeugen der modernen Zeit breit. Frohige Geschäftspaläste und gewaltige Messhäuser künden die Bedeutung Leipzigs im Welthandel. Und wenn dann der Neuling vor dem Volkshaus steht, der Waffenschmiede und dem Stolz der Leipziger organisierten Arbeiterschaft, dann begriff er, daß es trotz aller sprichwörtlichen Gemüchlichkeit ein trotziges und reifes Volk sein muß, daß solche Truhburgen in wirtschaftlich schwerer Zeit neu aufbauen konnte.

Das Leipziger Volkshaus war die Sammelstelle unserer Delegierten und Gäste. Im und dicht um das Volkshaus war der gesamte Verbandstag dank der Fürsorge unserer Leipziger Kollegenschaft gut untergebracht, so daß auch der Bequemlichkeit des einzelnen Rechnung getragen war.

Am Nachmittag des 22. Mai fand die übliche Vorbereitungsbesprechung der Delegierten statt, in der der formalgeschäftliche Teil des Verbandstages erledigt wurde, damit am ersten Verhandlungstag sofort mit der eigentlichen Arbeit begonnen werden konnte. In dieser Besprechung wurde die vom Verbandsvorstand aufgestellte provisorische Tagesordnung endgültig angenommen. Diese umfaßte folgende Punkte:

1. Geschäftsberichte des Vorstandes, Kassierers, Redakteurs und Ausschusses.
2. Beitragsfestsetzung und Unterstützungseinzahlungen.
3. Beratung der übrigen zum Statut vorliegenden Anträge.
4. Tarif und Lohnbewegungen.
5. a) Wahl des Verbandsvorstandes und der Verbandskörperchaften.
b) Festsetzung der Gehälter und Diäten.

Die auf unseren letzten Verbandstagen zur Anwendung gekommene Geschäftsord-

nung wurde als auch für diesmal geltend anerkannt. Zu Vorsitzenden des Verbandstages wurden gewählt die Kollegen Zinke und Heschke - Leipzig, zu Schriftführern die Kollegen Liesegang - Berlin und Lange - Hamburg und zur Führerin der Rednerliste Kollegin Jacobs - Leipzig. Die Mandatsprüfungskommission, die zugleich auch als Beschwerdekommision tätig sein soll, wurde gebildet aus den Kollegen Ruhleder - Hamburg, Herzog - Berlin und Jenner - Stuttgart. Die Kommission für die Beitrags- und Unterstützungsfragen, deren Arbeit unter den obwaltenden Umständen besondere Bedeutung beigemessen werden mußte, setzte sich zusammen aus den Kollegen Reichert - Stuttgart, Herber - Nürnberg, Becher - Berlin, Meß - Frankfurt, Konradt - Hamburg, Schabacker - Leipzig, Sperling - Dortmund, Herzog - Dresden und Lindig - Aschersleben. Die Kommission für die Durchberatung der außerdem noch zum Statut gestellten Anträge wurde gebildet aus den Kollegen Haffner - Leipzig, Kaulich - Frankfurt, Döbbling - Stuttgart, Kornacker - Hannover, Brausch - Hamburg, Müller - München und Priemer - Berlin.

Als Gäste nahmen am Verbandstag teil: Für das Internationale Buchbinder-Sekretariat und den Schweizerischen Buchbinderverband Kollege Hochstraher - Bern; für den Belgischen Verband Kollege v. Stayen - Brüssel; für den Dänischen Verband Kollege Eriksen - Kopenhagen; für den Niederländischen Typographenbund Kollege Bonstein - Amsterdam; für den Verein der Buchbinder Österreichs Kollege Grünfeld - Wien; für den Schwedischen Verband Kollege Eriksen - Stockholm; für den Verband der Buchbindergehilfen in der Tschechoslowakischen Republik Kollege Kolář - Prag; für die „Graphische Union“ in Reichenberg (Tschechoslowakei) Kollege Waniek - Reichenberg; für den Verein der ungarländischen Buchbinder Kollege Farkas - Budapest. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wurde vertreten durch den Genossen Spliedt - Berlin; der Ortsausschuß Leipzig durch den Genossen Schilling - Leipzig; der Verband der Deutschen Buchdrucker durch Kollegen Krauß - Berlin; der Verband der Lithographen und Steindrucker durch Kollegen Herbst - Berlin und der Verband der graphischen Hilfsarbeiter durch Kollegen Horne - Berlin. Für den Rat der Stadt Leipzig und zugleich für die Kreis-hauptmannschaft Leipzig erschien Herr Stadt-amtsrat Dr. Bübsterff.

Für den Abend des 22. Mai hatte unsere Leipziger Kollegenschaft zu einer Begrüßungsfeier eingeladen, in deren Rahmen zugleich die offizielle Eröffnung des Verbandstages und die

Übermittlung der Grüße und Wünsche der durch Gäste vertretenen befreundeten Organisationen vor sich ging. Der unter der tatkräftigen Leitung von Herbert Dieze stehende Buchbinder-Männerchor und das Gustav-Schübe-Orchester sorgten in Verbindung mit einigen vorzüglichen artistischen Kräften für Unterhaltung. Die umfangreiche Vortragsfolge konnte kaum bewältigt werden. Die Darbietungen, vor allem der gut geschulte Chor unserer Leipziger Kollegen, fanden stürmischen Beifall.

Verbandsvorsitzender Kollege Hauelsen eröffnete durch eine Ansprache an die Delegierten und Gäste den Verbandstag und hieß diese, insbesondere die zahlreich erschienenen Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen, herzlich willkommen. Als Vorstand und Beirat im vorigen Jahre beschlossen, den Verbandstag auf ein Jahr zu verlagern, geschah das in der Erwartung, daß die Verhältnisse in diesem Jahre besser sein würden. Leider ist diese Hoffnung vollkommen enttäuscht worden, es ist noch weit schlechter geworden, und es ist auch noch kein Silberstreifen am wirtschaftlichen Horizont zu erkennen. In unserem Verbands sind rund 75 Proz. der Mitglieder von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen, und hier in Leipzig sind nur noch 8 Proz. der Mitgliedschaft unserer Zahlstelle voll beschäftigt. Kollege Hauelsen brachte im Namen der Delegierten all den vielen Tausenden unserer Mitglieder, die so außerordentlich hart von der Wirtschaftskatastrophe betroffen sind, das tiefste Mitempfinden zum Ausdruck. Wie unser Verband seither alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um die Not und das Elend der Arbeitslosen zu mildern, so wird er auch in der Folgezeit seine ganze Kraft für den gleichen Zweck einsetzen, um eine gute Stütze seiner Mitglieder zu sein.

Fünfeinhalb Jahrzehnte sind verfloßen, seitdem zum letztenmal in Leipzigs Mauern Vertreter der Buchbinderorganisation zusammengetreten sind, in dieser Stadt, die sich in nahezu fünf Jahrhunderten zu einer der bedeutendsten Buchstädte der Welt entwickelt hat. In Leipzig, der Stadt des Buches, hat naturgemäß das Organisationsleben der Buchbinder schon frühzeitig eingesetzt. Früher florierte in der Buchbindererei in Leipzig das Handwerk. Die Innung der Buchbinder in Leipzig kann bereits auf das respektable Alter von 388 Jahren zurückblicken. Nachdem sich in Leipzig nach und nach in der Buchbindererei der Großbetrieb entwickelt hatte und die moderne Arbeiterbewegung in die Erscheinung trat, hat sich unsere Kollegenschaft — auch in erster Linie in Leipzig — zusammengeschart, um alsbald nach Aufhebung der 1854 erlassenen Koalitionsverbote eine Organisation zu gründen. Seinen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Verbandslebens in Leipzig schloß er mit der mit Beifall aufgenommenen Feststellung ab, daß unsere Kollegenschaft in Leipzig und in ganz Sachsen von jeher treue

Stützen und tatkräftige Mitarbeiter der Organisation gewesen sind.

Als wir von vier Jahren in Düsseldorf unseren letzten Verbandstag abhielten, konnten wir nicht ahnen, daß der nächste unter so tieftraurigen wirtschaftlichen Verhältnissen werde tagen müssen. Damals hatte der Verbandstag aufbauende Arbeit zu leisten. Heute werden wir leider so manches von dem, was wir aufgebaut haben, wieder ändern müssen, damit die Organisation auf die Dauer in vollem Maße eine Stütze der Mitglieder bleiben kann. Kollege Hauelsen beendete seine Ansprache mit der Hoffnung und mit dem Wunsch, daß der Verbandstag sich den schwierigen Aufgaben, die ihm zugefallen sind, voll gewachsen zeigen möge. In der Annahme, daß dieser Wunsch voll in Erfüllung gehen wird, erklärte er den 17. Verbandstag für eröffnet. (Lebhafter Beifall.)

Kollege H e s c h e - Leipzig begrüßte den Verbandstag im Namen der Ortsverwaltung und der Zahlstelle Leipzig sowie des Gaues Sachsen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es den Delegierten gelingen möge, in dieser schweren Zeit den richtigen Untergrund für das Gebäude des Verbandes zu schaffen.

Herr Stadtamtsrat Dr. L ü b s t o r f f überbrachte die Grüße des Rates der Stadt Leipzig und des Kreishauptmanns. Er nahm Bezug auf die einleitenden Worte eines der Delegierten in dem Programm zum Begrüßungsabend gewidmeten Gedichtes: „Düster und trostlos sind die gegenwärtigen Zeiten, Millionen von Menschen warten auf Arbeit und Brot“ und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit des Verbandes aus zu einem kleinen Teil dazu beitragen möge, um zu einer praktischen Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kommen.

Als Vertreter der Buchbinder-Internationale betont Kollege H o c h s t r a f e r - Bern, daß die Wirtschaftskrise auch in den anderen Ländern immer mehr um sich greift und daß infolge der Devisenlage in den einzelnen Ländern die gegenseitige internationale Hilfeleistung immer schwieriger wird. Trotzdem müssen wir durchhalten, wir dürfen unsere gewerkschaftlichen Organisationen nicht zertrümmern lassen. Wir müssen den Kopf hochhalten, um auch diese furchtbare schwere Zeit zu überstehen, um dann endlich zur Schaffung einer vernünftigeren Wirtschaftsform zu kommen.

Für die drei Organisationen des Graphischen Bundes sprach der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Kollege K r a u z. Im Anschluß an den Appell des Internationalen Sekretärs an die gewerkschaftlich organisierte Mitgliedschaft, den Mut nicht sinken zu lassen, stellt Krauz fest, daß gerade in dieser schweren Notzeit die Gewerkschaften sich als das stärkste Bollwerk der 1918 errichteten demokratischen Republik erwiesen haben. Die graphischen Gewerkschaften als der älteste Kern der deutschen Arbeiterbewegung sind in ihrem Mitgliederbestand und ihrer inneren Verbundenheit am unberührtesten von der Krise geblieben. In diesem Gefühl der inneren Verbundenheit liegt die stärkste Garantie dafür, daß es auch in Zukunft gelingen wird, das soziale und politische Gefüge des Staates zu erhalten, bis die wirtschaftliche Gesundung der Welt angebahnt ist. „Einig im Willen, einig im Handeln sei unser Ziel!“ Möge auch von diesem Not-Verbandstag die Einigkeit im Willen und Handeln ausstrahlen bis in die kleinste Mitgliedschaft, dann braucht uns um die Zukunft der graphischen Gewerkschaften und der gesamten deutschen Arbeiterbewegung nicht bange zu sein.

Genosse S p l i e d t rief im Namen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dem Verbandstag ein Glück auf zu seinen Arbeiten zu. Er hob hervor, daß die

deutsche und die internationale Arbeiterbewegung in der heutigen Zeit die Mission habe, in dem Irrsinn des Geschehens Ruhe und Nerven zu behalten. (Zustimmung.) Nie war die Notwendigkeit eines großen gemeinsamen Zusammenwirkens der Gewerkschaften im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes größer als heute. So gefährlich die Klippen sind, durch die wir in den nächsten Wochen und Monaten hindurchsteuern müssen, wir müssen hindurch, und wir kommen hindurch! Die nicht zu brechende Kraft der in Jahrzehnten aufgebauten deutschen Arbeiterbewegung ist mit zahllosen Feinden fertig geworden, und sie wird auch mit der gegenwärtigen Situation fertig werden.

Es sprachen dann noch kurz für den Ortsauschuß des ADGB. und die Verwaltung des Leipziger Volkshauses Genosse S c h i l l i n g - Leipzig, für das graphische Kartell Leipzigs Genosse B e y e r und für die belgische Zentralorganisation v a n S t e y e n - Brüssel.

Alle Begrüßungsreden wurden vom Verbandstag mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

* * *

1. Verhandlungstag.

Am Montagvormittag 9½ Uhr begann der Verbandstag seine Arbeit. Kollege Z i n t e eröffnete die Tagung mit einem herzlichen Dank an unsere Gäste für die am Vorabend gehaltenen aufreißenden Begrüßungsansprachen. Er hofft, daß die gehörten ersten Worte entsprechend nachwirken werden. Sodann gedachte er der seit dem letzten Verbandstag verstorbenen 546 Kollegen und 370 Kolleginnen, unter denen sich sehr viele für unseren Verband hervorragend betätigt haben. Er benennt besonders die Kollegen G r ö n h o f f - Eiberfeld, K r e s c h - München, P e u k e r t - Leipzig, P f e n n i g - Hamburg, B ä u m e l - Stuttgart und B r ü c k n e r - Berlin, außerdem die Vorsitzenden ausländischer Buchbinderverbände B e y e r - Bern, H a n s e n - Kopenhagen und B i r o - Budapest, sowie den Genossen S e i z, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Anschließend gab er Kenntnis von eingegangenen Begrüßungsschreiben und Telegrammen.

Hierauf trat der Verbandstag in die Verhandlungen über den 1. Punkt der Tagesordnung ein:

„Geschäftsberichte des Vorstandes, Kassierers, Redakteurs u. Ausschusses“.

Verbandsvorsitzender Kollege H a u e l s e n erstattete den

Vorstandsbericht.

Kollege Hauelsen verwies auf die alljährlich erschienenen Geschäftsberichte des Vorstandes und auf den dem Verbandstag vorgelegten besonderen Bericht. In letzterem wurde auf die wirtschaftliche Katastrophe hingewiesen, die jetzt nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt durchschüttelt und die als Folgeerscheinung das gewaltige Anwachsen der Arbeitslosigkeit brachte. Nach einer kurzen Schilderung der Bemühungen um die Verkürzung der Arbeitszeit wurden der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse längere Ausführungen gewidmet. Vergleichende Darstellungen der Mitgliederzahlen, des Zu- und Abgangs von Mitgliedern, der Ueberritte aus anderen Organisationen und der dem Verband angehörenden Beiräte schlossen sich an. Weiter streifte Kollege Hauelsen in seinem schriftlichen Bericht kurz das Finanzgebaren des Verbandes, die vorjährige Verchiebung des Verbandstages und die Maßnahmen des Vorstandes zur besonderen Unterstützung der ausgesteuerten arbeitslosen Mitglieder, für die bis Ende des Vorjahres 137 890 M. aufgewendet wurden. Der Tätigkeit der Betriebsräte, der Jugendbewegung, den gewerkschaftlichen Streitigkeiten und der Zusammenarbeit mit den Organen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der übrigen graphischen Organisationen und unseren internationalen Berufsverbänden waren besondere Abschnitte des schriftlichen Berichts gewidmet. Der Beschluß des Verbandsvorstandes zur Ehrung der dem Verbande fünfzig Jahre ununterbrochen angehörenden Mitglieder, der Wechsel im Personenstand der Verbands-

leitung, ein Hinweis auf die Verwaltungskosten persönllicher und sachlicher Art, sowie ein kurzes Kapitel über die „Buchbinder-Zeitung“ und eine Zusammenfassung über unsere Lohn- und Tarifbewegungen schlossen den schriftlichen Bericht des Vorstandes ab.

Kollege Hauelsen ergänzte diesen Bericht, indem er die besonders starke Arbeitslosigkeit in den von unserem Verband vertretenen Berufsgruppen hervorhob, die auch noch im laufenden Jahr weitere Fortschritte gemacht hat. Im April zählten wir 43,9 Proz. Arbeitslose und 30,8 Proz. Kurzarbeiter. Der Beschäftigungsgrad schwankte in den einzelnen Orten je nach den in Betracht kommenden Industriegruppen sehr stark. Leipzig, wo die Buchbinderie überwiegt, hat von den 6750 Mitgliedern nur 8 Proz. Vollarbeiter und in Dresden, wo die Kartonnagenindustrie vorherrschend ist, sind bei 2800 Mitgliedern nur noch 5 Proz. Vollarbeiter. Diese kalten Ziffern schließen für drei Viertel unserer Mitglieder unendlich viel Entbehrung und Not in sich. Politische und wirtschaftliche Vertretungen der Arbeiterschaft müssen deshalb mit aller Kraft zu erreichen suchen, daß diese furchtbare Geißel von der Arbeiterschaft genommen wird. Die Forderung der Arbeitsbeschaffung, die von den Gewerkschaften schon 1926 während der damaligen Krise gestellt wurde, ist vom außerordentlichen Gewerkschaftskongreß am 13. April, und zwar in verstärktem Maße erneut erhoben worden. Obwohl die Regierung bereits gewisse Zugeständnisse gemacht hat und für die Finanzierung der in Aussicht genommenen Arbeiten anscheinend auch Erfolge zu erwarten sind, wird es doch des stärksten Nachdrängens der Arbeiterschaft bedürfen, um eine Verzögerung für die Inangriffnahme der Arbeiten nicht eintreten zu lassen. Zudem ist die weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden in der Woche absolut notwendig. Diese Verkürzung ist auch dann zwingend, wenn zur Zeit nur verhältnismäßig wenig Arbeitslose dem Produktionsprozeß zugeführt werden können, denn Mechanisierung und Rationalisierung aller Arbeitsvorgänge würden selbst bei günstigem Geschäftsgang verhindern, daß alle Arbeitslosen aufgefunden werden können. Die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung auf dem Wege der Gesetzgebung ist darum nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft unerlässlich.

Durch die Lohnsenkung, die in den letzten einhalb Jahren erfolgte, ist eine erhebliche Beschränkung der Massentaufkraft eingetreten, die eine weitere Verübung des Binnenmarktes und damit weitere Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, zumal die Preissenkung nicht den erwarteten Erfolg brachte. Da unsere Lohnsätze nur Mindestlöhne vorsehen, ist ein Abbau der über-tariflichen Bezahlung bei hochqualifizierten und besonders geschickten Arbeitern als eine brutale Macht-ausnützung des Unternehmertums anzusehen, der mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten ist. Ebenso ist das Bestreben der Unternehmer zu charakterisieren, die Fertigkeiten nicht in den im Tarif vorgesehenen Ausmaß zu gewähren oder zu entschädigen. Die in den letzten Tagen beginnenden Verhandlungen über den Neuabschluß von Tarifverträgen und Lohnabkommen werden sich aller Voraussicht nach zu heftigen Kämpfen entwickeln. Es wird darum der solidarischen Zusammenarbeit aller Mitglieder bedürfen, um diese Kämpfe zu unseren Gunsten zu beenden.

Anschließend an diesen Bericht des Vorstandes gab Kollege G r e v e Erläuterungen zum

Kassenbericht.

Kollege Greve verwies einleitend auf den mit einem umfangreichen Tabellenwerk versehenen schriftlichen Bericht, der die finanzielle Entwicklung der Verbandskasse eingehend darstellte. In seiner mündlichen Ergänzung des Berichts gebachte Kollege Greve zunächst der verdienstvollen Arbeit des langjährigen Verbandskassierers, Kollegen D e n d e r. Darauf ging er auf die Gestaltung der Verbandskasse seit dem Düsseldorfer Verbandstag näher ein.

Die steigende Arbeitslosigkeit und der damit in Verbindung stehende Beitragsausfall nahm im Laufe des letzten Jahres solche Formen an, daß es nur wenigen Zahlstellen möglich war, ohne Zuschuß durchzukommen. Daraus erklärten sich auch die großen Abgänge, die die Verbandskasse vor allem in den letzten vier Quartalen zu ertragen hatte. Daß dabei das Vermögen des Verbandes stark zusammenschrumpfen mußte, ist leicht erklärlich. Auf Grund der jetzigen Kassenlage wird

es daher mir sehr schwer möglich sein, die Zahlstellen noch weiter mit größeren Zuschüssen zu versorgen. Ueber das gesamte Finanzgebaren der Verbandskasse in der letzten Geschäftsperiode geben die Jahresberichte eingehende Aufklärung. Es erübrigt sich daher, hier des Näheren darauf einzugehen. In diesen Berichten ist bereits darauf hingewiesen, daß unsere Geldgeschäfte durch die Bank der Arbeiter geleitet werden. Das Aktienkapital dieser Bank wurde Ende 1928 von 4 auf 12 Millionen Mark erhöht, an dem wir mit einem Kapital von 250 000 Mark beteiligt sind.

Die Funktionär-Unterstützungskasse hat sich in der abgelaufenen Geschäftsperiode sehr gut entwickelt. Ende 1931 war ein Bestand von 153 198 Mk. vorhanden. Das Gegenteil ist jedoch bei den Reserven für die Invalidenunterstützung festzustellen. Im Laufe des Jahres 1931, in dem ein Zugang von über 190 Invaliden zu verzeichnen war, mußten den Reserven 100 000 Mk. zu Unterstützungszwecken entnommen werden. Diese Reserven hatten Ende 1929 den höchsten Stand mit 732 316 Mk. erreicht, der bis Ende 1931 auf 628 198 Mk. zurückgegangen ist.

Wie seine beiden vorgängigen Berichterstatter konnte sich auch Kollege Michaelis in seinem

Bericht der Redaktion

auf den schriftlich vorgelegten beziehen. In diesem schilderte er kurz Tätigkeitsgebiet und Aufgabekreis der „Buchbinder-Zeitung“, die durch die Unmöglichkeit vieler Haushaltungen, sich infolge Arbeitslosigkeit eine Tageszeitung halten zu können, begeisterten Anforderungen gegenübersteht. Er gab einen Einblick in das Bestreben, unser Gewerkschaftsblatt zu einem in den Familien unserer Mitglieder gern gelesenen Blatt zu machen und über die Wege, die zur Erreichung dieses Zieles begangen worden sind. Am Ausbau unserer Zeitung ist unermüdet — auch noch nach dem Düsseldorf-Verbandstag — gearbeitet worden. Die schon vor diesem übliche Raum- und Stoffgliederung wurde erweitert durch eine neue Sammelbezeichnung, „Stimmen aus unserem Kollegentreis“. Damit schien ein gewisser Abschluß in der räumlichen und sachlichen Aufteilung der Zeitung gegeben zu sein, als alle Mühe mit einem Schläge durch den zwangsläufigen Abbau des Umfanges der Zeitung vergeblich wurde. Der Zwang zum Sparen wurde auch der Zeitung zum Verhängnis. Während dreier Jahre der vierjährigen Berichtszeit konnte sie in ungekürztem Umfang erscheinen und erst seit etwa zehn Monaten ist ihr Raum auf die Hälfte des üblichen beschränkt. Kollege Michaelis bezeugte es in gewissem Sinne als Unglück für die Zeitung, daß der Verbandstag im Vorjahre verschoben werden mußte. Hätte er stattfinden können, dann könnte sich der Bericht der Schriftleitung aufbauen auf der Tatsache, daß allwöchentlich eine Zeitung herausgebracht wurde, die — nach vielen Zuschriften zu urteilen — Befriedigung bei unseren Mitgliedern ausgelöst hat. Heute jedoch erfolgt vielfach die Bewertung der Zeitung nach dem seit einigen Monaten stark verkürzten Umfang. Das muß zu einer falschen Bewertung der in der Berichtszeit geleisteten Arbeit führen. Durch die Kürzung sind der Verbandskasse sehr erhebliche Mittel erspart worden, die Kollege Michaelis auf mindestens 50 000 Mk. für ein Jahr schätzte. Diese Ersparnis durch die erhebliche Beschränkung des Umfanges der Zeitung muß sich selbstverständlich auch in der Zeitung selbst auswirken, die zur Zeit den Mitgliedern nicht mehr das sein kann, was sie vordem war. Trotz der Kürzung ist versucht worden, die Zeitung so vielseitig wie möglich zu gestalten und ihr dadurch die ihr eigene und persönliche Note zu belassen.

Als letzter der Berichterstatter gab der Ausschußvorsitzende Kollege Zinten den

Bericht des Verbandsausschusses.

In seinen ebenfalls schriftlich niedergelegten Ausführungen berichtete er über die Beschwerdefälle, die dem Verbandsausschuß in der letzten Geschäftsperiode zur Entscheidung vorgelegt worden sind. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich dabei um Ausschüsse aus dem Verband, gegen die die Ausschließenen Einspruch erhoben haben. In allen Fällen trat der Ausschuß der Entscheidung des Vorstandes bei. Einige andere Beschwerdefälle betrafen verweigerte Unterstützungsleistungen und organisatorische Maßnahmen.

Die Ansprache über die Geschäftsberichte
 eröffnete Kollege Imhof-Berlin: Der Bericht des Kollegen Hauelsen hat in seiner Kürze und Sachlichkeit einen sehr guten Eindruck gemacht. Wir haben keinen Anlaß, uns hier in kleinlicher Kritik zu ergehen. Der Verbandsvorstand hat sich besonders in der letzten Zeit in anerkennenswerter Weise bemüht, das zu erfüllen, was der letzte Verbandstag ihm aufgetragen hat. Unsere Mitglieder in Berlin begrüßen es besonders, daß es in dieser schwierigen Zeit bis jetzt noch möglich war, den statutarischen Verpflichtungen nachzukommen und darüber hinaus für die ausgesetzten arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen noch Extrazustellungen zahlen zu können. In der Frage der 40-Stunden-Woche hat unser Verbandsvorstand im Graphischen Bund und im Bundesausschuß frühzeitig Anregungen gegeben. Im allgemeinen ist diese Forderung allerdings nach unserer Auffassung von den Gewerkschaften zu spät erhoben worden. Als die 40-Stunden-Woche propagiert wurde, war sie bereits überholt. Jedenfalls müßten die Arbeitgeber bei Einführung der 40-Stunden-Woche auch die Verpflichtung übernehmen, mehr Personal einzustellen. (Sehr richtig!)

Im der Abwehr der Angriffe aus den Reihen der eigenen Kollegen hat uns der Verbandsvorstand sehr gut unterstützt, und wir haben in Berlin mit den RGD-Bestrebungen ziemlich schnell Schluß machen können. Wir müssen uns auch gegen die Nazi-Bestrebungen von vornherein ganz energisch zur Wehr setzen. Bis jetzt haben wir in Berlin in dieser Beziehung noch keine Schwierigkeiten gehabt.

Vor allem sollte der Verbandsvorstand im Bundesausschuß auch dafür eintreten, daß endlich mit der Notverordnungspolitik Schluß gemacht wird. (Sehr gut!) Die Folgen dieser Notverordnungspolitik werden abgeladen auf die führenden Personen in der Gewerkschaftsbewegung bis zum kleinsten Funktionär herunter. Man hat doch manchmal das Gefühl, als würde in diesen Dingen zu vorsichtig vorgegangen. —

Mit dem Inhalt der „Buchbinder-Zeitung“ sind wir einverstanden und würden es begrüßen, wenn die Möglichkeit bestände, sie wieder zu erweitern. Der Gehalt, die Redaktion nebenamtlich führen zu lassen, muß energisch abgelehnt werden.

Der Redner tritt dafür ein, daß Mitgliedern, die bis zum Tage des Zusammenschlusses des Oppositionsverbandes mit dem Verband der Buchbinder in Berlin aus dem Oppositionsverband übergetreten sind, und die vor ihrem Austritt Ende 1923 die Karenz zum Bezuge der Invalidenunterstützung bereits zurückgelegt hatten, die Mitgliedschaft im Verbands als nicht unterbrochen angerechnet wird. Es handelt sich hierbei nur um drei alte Mitglieder, und es kommt darauf an, jeden Stachel, der von der damaligen überspitzten Zeit noch zurückgeblieben ist, zu beseitigen.

Zum Schluß möchte ich den Verbandsvorstand bitten, gerade in der jetzigen Zeit aufrüttelnd auf unsere Mitglieder durch schriftliche und mündliche Agitation einzuwirken, um einer drohenden Verzweiflungseinstimmung entgegenzuwirken. Auch in unserer Zeitung sollten aufmunternde, aufrüttelnde Artikel gebracht werden. Wir sind in der Lage, uns durchzusetzen, und wir werden auch wieder hochkommen!

Müller-München: Mit Recht haben die freien Gewerkschaften die Forderung der Arbeitsbeschaffung neben einer ausreichenden Unterstützung der Arbeitslosen erhoben. Zur Arbeitsbeschaffung gehört im Interesse unseres Gewerbes auch, daß die Behörden wieder dazu übergehen, mehr Buchbinderarbeiten zu vergeben, natürlich nur an tarifstreue Firmen. Auch müssen wir im Rahmen der graphischen Verbände dahin wirken, daß durch Verbilligung der Buchpreise den breiten Massen der Kauf von Büchern mehr und mehr ermöglicht wird. Von der Regierung der Republik müssen wir ferner verlangen, daß sie durch Herausgabe von Broschüren in Millionenauflagen Aufklärung im Kampf gegen den Faschismus schafft. Das würde nebenbei auch eine Arbeitsbeschaffung für uns bedeuten. — Mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden hätte die Regierung vor dem Lohnabbau kommen müssen. Jetzt würde eine solche Verkürzung für einen Teil unserer Kollegen eine Katastrophe insofern bedeuten, als sie wieder ein Schestel ihres Lohnes einbüßen würden. — Gegen die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer muß in gemeinsamer Linie von den graphischen Organisationen vorgegangen werden, damit nicht die Verbände wie bisher einzeln sozusagen abgemurkt werden. — Die Ein-

schränkung der „Buchbinder-Zeitung“ auf nur vier Seiten ist nicht mehr für lange Zeit haltbar. Wir in Süddeutschland anerkennen die vornehme Sprache, die Kollege Michaelis in der „B.Z.“ führt, wünschen jedoch manchmal etwas kräftigere Töne gegen die Unternehmer.

Kollege Ostneried-München hätte im Vorstandsbericht eine schärfere Abrechnung mit den Ausbeutungsmethoden des Privatkapitalismus gewünscht. Die Auswertungen der Schlichtungsordnung engen die Kampfkraft unserer Bewegung enorm ein. In allen Ländern versuchen die Unternehmerverbände, die Gewerkschaften immer mehr durch gesetzliche Bindungen festzulegen. Wir müssen gemeinsam mit dem RGD für eine Lockerung der Schlichtungsordnung eintreten. Der Kapitalismus ist bestrebt, die Auswirkungen der wirtschaftlichen Depression auf die Schultern des wertkämpfenden Volkes abzuwälzen, und die Regierung Brüning leistet ihm dabei Hilfe. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie müssen daher wieder zu ihrer früheren KlassenkampfEinstellung zurückkommen. — Der 40-Stunden-Woche können wir nur zustimmen, wenn ein Lohnausgleich und Einstellungsdruck damit verbunden ist.

Schabacker-Leipzig kritisiert die Nichtberufung des Beirats durch den Verbandsvorstand und vertritt die Auffassung, daß die finanzielle Lage des Verbandes eine bessere sein würde, wenn der Beirat einberufen worden wäre. Der Vorstand hat seinerzeit eine Extrazustellung für die Ausgesetzten ohne jede Deckung eingeführt, trotzdem nach § 17 des Statuts eine Herabsetzung des Unterstützungswesens zwischen zwei Verbandstagen nur unter Mitwirkung des Beirats beschlossen werden kann. Nach der 1929 erfolgten Lohnerhöhung wäre es möglich gewesen, eine Beitragserhöhung durch den Beirat herbeizuführen, die der Verbandskasse Mittel zur Unterstützung der Ausgesetzten zugeführt hätte. Auch nach § 39 des Statuts wäre der Verbandsvorstand verpflichtet gewesen, den Beirat einzuberufen, als dringende Angelegenheiten des Verbandes zu erledigen waren. Im Januar d. J. war schon eine Mehrheit des Beirats für seine Einberufung, leider haben zwei Kollegen des Beirats ihren Antrag dann wieder zurückgezogen. Wir hätten schließlich Mittel und Wege in der Hand gehabt, um trotz seines Widerstandes den Vorstand zur Einberufung des Beirats zu bringen, aber im Interesse der Organisation haben wir von deren Anwendung abgesehen.

Quefleit-Hagen: Wir müssen nach Mitteln suchen, um einer Abwanderung aus dem Verbands zu begegnen. Wenn wir die Erwerbslosen nicht mehr unterstützen können, dann besteht die Gefahr, daß sich diese zu niedrigeren Löhnen den Unternehmern anbieten. Der Verbandsvorstand müßte eigentlich ein Interesse daran haben, daß es Zahlstellen gibt, die gemeinsam diese Probleme durcharbeiten wollen. Wertwürdigerweise läuft er aber ebenso wie der Gauvorstand Sturm dagegen, wenn im Gau Rheinland-Westfalen eine ganze Anzahl von Zahlstellen, die nach der Struktur der dortigen Verhältnisse gewissermaßen eine einzige große Zahlstelle bilden, zusammenkünfte veranlassen. Insbesondere haben wir uns dagegen gewehrt, daß diktatorisch angeordnet wurde, daß die Abrechnungen vom Gauleiter nicht vierteljährlich, sondern monatlich zu erfolgen haben. Tatsächlich ist ein Gauleiter, der 25 Zahlstellen zu bearbeiten hat, noch nicht einmal vierteljährlich in der Lage, die Abrechnungen pünktlich weiterzuleiten.

Konrad-Hamburg. Wir erkennen an, daß der Verbandsvorstand, dessen Handlungen in dieser Zeit in wirtschaftlicher und tariflicher Beziehung meist zwangsläufig waren, doch das möglichste im Interesse unserer Mitglieder getan hat. — Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden werden wir im Interesse der Erwerbslosen nicht hinwegkommen, auch wenn sie für die Arbeiterschaft eine neue Belastung bedeutet. Sie muß aber mit einem Einstellungsdruck verbunden sein, sonst wird keine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten. Von der RGD haben wir in Hamburg wenig zu spüren, wir haben vermocht, diese Bewegung zu meistern, ebenso wie die Nazi-Bestrebungen. Auf Grund des Beschlusses der Düsseldorf-Generalsversammlung müssen aber Mitglieder der rechtsreaktionären Verbände unbedingt bei uns ausgeschloffen werden. Hier wird vom Vorstand manchmal etwas zu leise getreten. — In der „Buchbinder-Zeitung“ sollte der Jugendbewegung mehr Interesse entgegengebracht werden. — In der Frage

der Einberufung des Beirats schießt sich der Redner der Kritik des Kollegen Schabacker an. Hätte seinerzeit der Beirat eine Beitragserhöhung beschlossen, dann könnten wir heute den Mitgliedern entgegenkommen, die eine Beitragsenkung wünschen.

H a a s e - Halberstadt kritisiert ebenfalls die Beiseitenschiebung des Beirats durch den Vorstand. Ich bin seit 1922 Mitglied des Beirats, und wir haben immer im Interesse der Organisation gearbeitet. Bis 1928 haben 11 Beiratsitzungen stattgefunden aus Anlaß, die jedenfalls nicht wichtiger waren als das, was wir in den letzten vier Jahren erlebt haben. Noch zu Anfang dieses Jahres wäre die Einberufung des Beirats berechtigt gewesen. Der Redner tritt ferner für eine stärkere Förderung des Bildungswesens und der Jugendbewegung ein. — Zu begrüßen ist, daß für die Beschäftigung der Bundeschule in Bernau das Alter heraufgesetzt worden ist. Junge Leute, die noch keine praktische Erfahrung in der Organisationsarbeit haben, sind gar nicht imstande, den dort gebotenen Stoff richtig aufzunehmen. Die Ortsverwaltungen und die Gauleiter sollten sehr vorsichtig bei der Auswahl der Bewerber vorgehen und nur solche berücksichtigen, die schon vorher örtliche Kurse in ihrer freien Zeit mitgemacht haben.

Kollege K a u l i c h - Frankfurt bedauert, sich der Kritik am Vorstand in der Beitragsfrage anschließen zu müssen. Der Grund der Handlungsweise des Vorstandes liege offenbar darin, daß auf dem Düsseldorf-Verbandstag das Recht des Vorstandes, im Beirat mitzusprechen, von 33 auf 20 Proz. herabgemindert wurde. — Der Bundesvorstand muß dafür sorgen, daß endlich mit dem Lohnabbau Schluß gemacht wird. Gegen den Tarifbruch im August 1931 an den Gemeinbearbeitern durch die Regierung Brüning hätte der Bundesvorstand scharfen Protest einlegen müssen. Gelingt es jetzt der Regierung durch eine neue Notverordnung, die Gemeinbearbeiter auf die Löhne der Staatsarbeiter zu bringen, dann wird das dazu führen, daß auch bei den anderen Gewerkschaften die hundsmissierablen Löhne der Staatsarbeiter Anwendung finden. Das Schiedsgerichtswesen kann man heute angesichts der sechs Millionen Arbeitslosen nicht so in Grund und Boden verdammen, wie Kollege Müller das tat.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen, den Kollege Herzog-Berlin erstattet. Der Antrag der Kommission, alle Mandate für gültig zu erklären, wird angenommen.

Hierauf wird die Debatte über die Vorstandsberichte fortgesetzt.

Kollege D u a a s - Dresden wünscht, daß die Versammlungsberichte in der „Buchbinder-Zeitung“ zur Zeit nicht aufgenommen werden, um mehr Raum für aktuelle Artikel zu gewinnen. Die Politik der Nationalsozialisten sollte in der Zeitung mehr gekennzeichnet werden und bei Tarifabschlüssen wäre eine ausführliche Kommentierung einzelner strittiger Punkte notwendig. Eigenartig berühre es, daß die Berliner, die früher so gegen den Vorstand opponiert hätten, heute mit ihm durch dick und dünn gingen. (Widerpruch bei den Berlinern.) Die Beiseitenschiebung des Beirats in wichtigen Organisationsfragen müsse verurteilt werden.

Kollege F u h r m a n n - Grimma hätte es auch gern gesehen, wenn der Vorstand dem Beirat wenigstens einmal Gelegenheit gegeben hätte, zu den Beitrags- und Unterstützungsfragen Stellung zu nehmen. Bedauerlich sei der Wegfall des unterhaltenen Teils aus der „Buchbinder-Zeitung“. Wenn sich die Gewerkschaften mehr um aktuelle politische Probleme gekümmert hätten, würde die nationalsozialistische Bewegung nicht einen solchen Umfang angenommen haben. — Das Handbuch für die Funktionäre müsse der jetzigen Zeit angepaßt werden.

L i e b i g - Plauen: Auch die von mir vertretenen Zahlstellen schließen sich dem Standpunkt an, daß es mit unseren Kassenverhältnissen nicht so schlecht stünde, wenn der Vorstand den Beirat einberufen hätte. — Zur Bildungsfrage stimme ich der Ansicht zu, daß zu den Bildungsinstituten der Gewerkschaften nur Kollegen zugelassen werden sollen, die sich mehrere Jahre in der Bewegung betätigt und bewährt haben. Die Teilnahme am Fernunterricht ist kein ausreichender Befähigungsnachweis für den Besuch solcher Schulen. Besonders zu begrüßen ist die Einrichtung der Bundeschule in Bernau mit ihren vierwöchigen Kursen, an

denen auch Funktionäre teilnehmen können, die nicht die Möglichkeit haben, sich für Monate aus dem Betriebe loszumachen. — Zu begrüßen ist, daß der Verbandsvorstand auf Grund der in Düsseldorf beschlossenen Anträge die Zahlstellen unterstützt hat, die sich besonders in der Jugendarbeit hervortun. Im Grunde genommen ist die Jugendbildungsfrage eine solche, in der nicht viel von oben herab getan werden kann, sondern die von unten herauf gelöst werden muß, indem man vor allem versucht, die Jugendlichen selbst zu begeistern. Um unser Organisationsgebäude auch für die Zukunft sicherzustellen, dürfen wir keine Opfer für die Jugendarbeit scheuen.

Kollege D r e h w a l d verteidigt die Haltung des Verbandsvorstandes in der Frage der Einberufung des Beirats. Im Jahre 1919 hat man, um die Tätigkeit des Vorstandes besser kontrollieren und um zwischen den Verbandstagen notwendige Änderungen im Statut vornehmen zu können, den Beirat geschaffen, trotzdem wir schon damals eine Kontrollinstanz des Vorstandes im Ausschuß hatten. Zunächst gab das zu Differenzen keinen Anlaß, aber schon auf dem nächsten Verbandstag wurde beschlossen, daß Angestellte im Beirat nicht vertreten sein durften, man hat also Mitglieder mit verschiedenen Rechten geschaffen. Dieser Beschluß wurde später wieder abgeändert, man hat die Wahl von Angestellten von neuem zugelassen. Auf dem letzten Verbandstag hat man dann erneut beschlossen, daß der Vorstand an den Beiratsitzungen nicht mehr teilnehmen dürfe Lediglich der erste und zweite Vorsitzende, der Kassierer und Redakteur sowie der Vorsitzende des Ausschusses wurden noch zum Beirat hinzugenommen. Also der Vorstand, der die Verantwortung für die Beschlüsse trägt, ist lediglich durch einige seiner Mitglieder im Beirat vertreten. Angenommen, der Beirat würde Beschlüsse fassen, die im Interesse der Organisation nicht durchführbar wären, dann müßte der Vorstand dafür dem Verbandstag gegenüber die Verantwortung übernehmen, während der Beirat selbst keinerlei Verantwortung dem Verbandstag gegenüber trägt. Ein solches Zwitterding gibt es in den deutschen Gewerkschaften nirgend mehr. Man könnte sich vorstellen, daß schon aus diesen Gesichtspunkten der Vorstand sich der Einberufung des Beirats widersetzt hätte. Aber das hat er nicht getan, sondern lediglich aus dem sachlichen Grunde, weil er bis heute eine Änderung des Statuts nicht für so dringend erforderlich hielt. Der Beirat hat auch nie in seiner Mehrheit seine Einberufung gefordert. Also kann dem Vorstand kein Vorwurf aus der Nichteinberufung gemacht werden. Es ist dringend notwendig, daß wir die Unstimmigkeit im Aufbau unseres Verwaltungswesens ändern. Wir haben jetzt neben dem Vorstandsvorstand den Beirat, den Ausschuß, den Tarifausschuß, den Angestelltenrat, die Revisoren usw., also eine große Menge von Instanzen. Es wäre am zweckmäßigsten, wenn der Tarifausschuß, der über die allerwichtigsten Fragen, die die Kollegen interessieren, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dauernd zu beraten hat, auch die übrigen wichtigen Angelegenheiten des Verbandes zwischen den Verbandstagen zur Regelung übertragen bekommen würde. — Strig ist auch die Auffassung, daß, wenn der Beirat getagt hätte, die Finanzen des Verbandes heute besser wären. Man verweist darauf, daß der Beirat die Beiträge erhöhen wollte, sagt aber nicht dabei, daß dafür auch eine Erweiterung der Unterstützungen, besonders der Arbeitslosenunterstützung verlangt wurde. Hätten wir damals diesen Anregungen Folge geleistet, ständen wir heute finanziell noch viel schlechter da. Daß der Standpunkt des Vorstandes richtig war, beweist auch die Tatsache, daß dieselben Kollegen, die 1930 die Einberufung des Beirats verlangten, um die Beiträge zu erhöhen, schon ein Jahr später beim ersten Ansturm auf die Löhne den Beirat wieder einberufen haben wollten, um die Beiträge abzubauen. Also der Vorstand hat nach seiner Auffassung in dieser Frage nur seine Pflicht getan.

Auf Antrag von N i p p e r t - Breslau wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt, damit noch möglichst viele Redner zum Worte kommen können.

Kollege H e r b e r - Fürth befürwortet einen Antrag der Zahlstelle Erlangen, ein Darlehen in Höhe von 1000 Mk., das ihr 1929 anläßlich eines Streiks gewährt wurde, auf die Verbandstafel zu übernehmen und spricht sich weiter für die Befestigung des Beirats aus. Besonders notwendig sei die möglichst baldige Erweiterung der „Buchbinder-Zeitung“ auf acht

Seiten, gerade auch im Interesse der Bildungs- und Jugendarbeit.

Kollegin K r z y m i n - Verbandsvorstand hebt hervor, daß gerade die Frauen am meisten unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben und insbesondere auch unter den Notverordnungen. Verheiratete Arbeiterinnen müssen zwar Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, bekommen aber keine Unterstützung, wenn sie arbeitslos werden. Auch von den Schiedssprüchen werden die Frauen am schwersten betroffen, weil die Schiedsrichter immer davon ausgehen, daß die Frauen weniger als die Männer brauchen. Auf dem Gewerkschaftstongreß in Frankfurt hat Belpart ausgeführt, daß man mit den Frauen als Wirtschaftsfaktor rechnen müsse. Den Frauen ist aber mit papierenen Resolutionen nicht gedient, sie verlangen, daß man sich durch die Tat mehr für ihre Lebenshaltung einsetzt und dafür sorgt, daß ihre Löhne nicht immer um mehr abgebaut werden als die der Männer, zumal die niedrigen Löhne der Frauen ja später auch die Männerlöhne herabdrücken. Eine Verbandsmüdigkeit sei bei den weiblichen Mitgliedern nicht festzustellen. Die Frauen hätten in den Gewerkschaften die Feuerprobe bestanden. — Das größte Interesse haben wir auch am Wiederaufleben der Jugendkommissionen, um die Jugendlichen, die von den Nazis und Kommunisten hin und her gezerrt werden, für uns zu gewinnen.

Kollege K i r c h e r - Darmstadt betont die Notwendigkeit der Schaffung von Notstandsarbeiten für die Buchbinder. Die Gewerkschaften sind nur durch den Kampf groß geworden, sie können sich auch nur durch den Kampf behaupten. Wir haben noch niemals in einem solchen Kampf gestanden wie heute. Die Form der Betätigung innerhalb der Arbeiterschaft ist aber genau so der Entwicklung unterworfen wie jedes Geschlecht im Weltall. Wir können uns heute nicht mit den gleichen Maßnahmen behaupten wie früher, können heute sogar nicht mehr dieselben Mittel anwenden wie 1924. Wir haben heute politische Löhne. Solange die nationalsozialistische Bewegung voranschreitet, wird die Krise nicht zu beseitigen sein. Je länger diese Bewegung anhält, um so schärfer wird die Krise auf Kosten der Arbeiterschaft in Erscheinung treten. Nur die Geschlossenheit der Gewerkschaften kann uns vorwärts bringen.

N i p p e r t - Breslau: Kollege Müller forderte von der Reichsregierung, daß sie Agitationsbroschüren gegen die Nazis herausgibt. Bis hier hat sich die Gewerkschaftsbewegung immer auf die Selbsthilfe verlassen. Notwendig wäre die Herausgabe einer Zeitschrift für die Jugendlichen, die mindestens monatlich einmal erscheint, um der Agitation der Nazis zu begegnen. Ich habe das Vertrauen zum Kollegen Michaelis, daß er dieses Blatt nutzbringend für unsere jugendlichen Kollegen ausgestalten wird.

Kollege V e m s e r - Berlin verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht der Revisionskommission. Durch die Anschaffung der Häuser und die ganze Umwandlung der Kassenverhältnisse in der Krise ist auch die Arbeit der Revisoren gemindert. Der Redner gedenkt in anerkennenden Worten der Tätigkeit des Kollegen G e n d e r und beantragt für ihn sowie für den Kollegen G r e v e die Entlastung durch den Verbandstag.

Kollege H a n n e m a n n - Ludenwalde erkennt dankbar an, daß der Vorstand wie auch der Gauleiter den Kollegen in Ludenwalde im vorigen Jahre gegenüber einem Unternehmer hilfreich zur Seite gestanden habe. Er wünscht weiter, daß sich die „Buchbinder-Zeitung“ mehr mit aktuellen Fragen befassen möge und befürwortet schließlich die Herausgabe eines Taschenkaltensers durch den Verbandsvorstand.

Kollege M a c h n e r - Weimar betont die Notwendigkeit großer einheitlicher Kampfhandlungen der Gewerkschaften und insbesondere auch der vier graphischen Organisationen.

Kollege F r i e m e r - Berlin polemisiert gegen die Behauptung, daß die Berliner im Gegensatz zu früher verbandsvorstandstreu geworden seien. Man solle es nicht so darstellen, als ob die Berliner Delegation nur aus angebotener Oppositionslust gegen den Verbandsvorstand Stellung genommen habe. Wenn die Zahlstelle Berlin in den letzten Jahren mit dem Verbandsvorstand nur vereinzelte Differenzen hatte, dann beweist das nur, daß das Zusammenarbeiten zwischen dem Verbandsvorstand und der Zahlstelle Berlin besser geworden ist. In der Beiratsfrage deckt sich eben unsere Auffassung mit der des

Verbandsvorstandes, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß der Beirat vor allem in seiner jetzigen Zusammensetzung kein lebensfähiges Gebilde ist. Der Redner beschwor weiter einen Antrag, die an den Ausschuß gerichtete Beschwerde Berlin, betreffend die Angelegenheit Möser, der Beschwerdekommision zur Erledigung zu überweisen.

Damit ist die Aussprache beendet und es folgen die

Schlusssätze der Berichterstatter.

Michaëlis: Die Debatte über die Zeitung klang einheitlich dahin aus, daß die jetzigen Mängel in unserer Zeitung auf den verkürzten Umfang zurückzuführen sind. Kollege Quas forderte den Wegfall der Versammlungsberichte. Ich kann feststellen, daß er als Berichterstatter für Dresden die meisten Versammlungsberichte eingeleitet hat. (Heiterkeit.) Hätte ich seine Berichte in den letzten Monaten nicht abgedruckt oder auch nur Streichungen vorgenommen, dann hätte er heute wahrscheinlich etwas anders gesprochen. Kollege Imhof forderte mehr Artikel ausführlicheren Inhalts. Alle Spitzenartikel, die in diesem Sinne wirken sollen, sind immer Redaktionsarbeit gewesen. Es wäre sehr erwünscht, wenn auch Kollegen aus dem Reich — auch die Angehörigen — einmal solche ausgesprochenen Agitationsartikel für das Blatt schreiben würden. Die Anträge zur „Buchbinder-Zeitung“, deren Durchführung von den finanziellen Mitteln abhängt, bitte ich dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, damit er ihnen Rechnung trägt, sobald die Mittel dafür vorhanden sind.

Kollege Greve beantwortet kurz einige technische Fragen, die im Laufe der Diskussion zum Kassensbericht gestellt waren und wendet sich der Konsequenzen wegen gegen die Streichung der 1000 Mk. Darlehen zugunsten der Zahlstelle Erlangen.

Haueisen stellt fest, daß die Kritik am Hauptvorstand in Sachen des Beirats nur erfolgt sei, weil der Vorstand einer Minderheit des Beirats nicht Rechnung getragen habe, und weist mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurück, als habe es der Vorstand in dieser Frage an dem notwendigen Verantwortungsbewußtsein fehlen lassen. Er ist glücklich darüber, daß er 1930 dafür eingetreten sei, daß der Beirat nicht einberufen wurde, um eine Beitragserhöhung für eine Ausgesteuerten-Unterstützung zu beschließen. Wir wären sonst in die gleichen Kalamitäten hineingeraten, wie jetzt die Buchdrucker und Lithographen, die eine wesentliche Reduzierung ihrer Unterstützungen durchführen mußten. Hätte eine Mehrheit des Beirats die Einberufung beschlossen, dann mußte sich der Vorstand damit abfinden. Ebenso aber muß sich die Minderheit des Beirats nach alten demokratischen Grundsätzen mit der Haltung des Vorstandes abfinden — Der Auffassung, daß man im allgemeinen mit der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden zu spät aufgetreten ist, stimme ich vollkommen bei, aber unsere Organisation kann man dafür nicht verantwortlich machen. Schon unsere internationale Konferenz in Amsterdam hat beschlossen, für die Durchführung der 40-Stunden-Woche zu wirken. Wir sind auch an den A.D.B. gelegentlich des Stockholmer Kongresses in diesem Sinne herantreten, haben aber einen ablehnenden Bescheid erhalten. Der Kongreß in Stockholm hat die 44-Stunden-Woche empfohlen, und erst später ist man zur Forderung der 40-Stunden-Woche gekommen. Wenn verlangt wurde, daß damit ein absoluter Einstellungszwang verbunden werden muß, so kann man diese Forderung wohl vertreten, aber ich bezweifle, daß man ihre Durchführung erzwingen kann. Es soll auch durchaus nicht verkannt werden, daß die Lohnembuße bei Einführung der 40stündigen Arbeitswoche der Arbeiterschaft erneut große Opfer zumutet. Aber wenn wir im Interesse der Millionen Arbeitslosen den Erfolg erzielen wollen, daß heute wieder in die Betriebe hineinkommen, die schon lange auf der Straße lagen, dann werden diejenigen, die bis jetzt das Glück gehabt haben, 48 Stunden in der Woche arbeiten zu dürfen, wohl oder übel auf die acht Stunden Verdienst verzichten müssen zugunsten derjenigen, die bis jetzt gar nichts hatten. Die Schlichtungsordnung kann man nicht in Bausch und Bogen verurteilen, wenn wir uns auch gegen ihren Mißbrauch wenden müssen. Die Bestrebungen auf Arbeitsbeschaffung für das graphische Gewerbe und insbesondere für das Buchbindergewerbe durch Einwirkung auf die Behörden sind deshalb erfolglos gewesen, weil die Finanzministerien auf Grund der Sparmaßnahmestrebungen

keine Mittel für solche Zwecke zur Verfügung stellen. Es sollen aber erneute Versuche auf diesem Gebiete gemacht werden.

Wenn unsere Tätigkeit in der Jugendbewegung bemängelt wurde, dann muß der Vorstand feststellen, daß leider nicht alle Zahlstellen unserer Entgegenkommen auf Grund des Düsseldorf Beschlusses in der richtigen Weise ausgenutzt haben. Der Vorstand selbst kann keine Jugendabteilungen in einzelnen Städten errichten. Das ist Sache der Zahlstellen. Im übrigen ist anzuerkennen, daß gerade in unserem Beruf, in dem wir neben relativ wenig Lehrlingen viele männliche und weibliche junge Kräfte haben, die Jugendarbeit viel schwerer ist als in den Gewerben, in denen nur gelernte Arbeiter in Frage kommen. — In der Beiratsfrage kann von einer Böswilligkeit des Vorstandes keine Rede sein. Ich würde es aber sehr begrüßen, wenn Sie das jetzige Monstrum von Beirat beseitigen und eine Organisationsform schaffen würden, die den allgemeinen Interessen unseres Verbandes besser dient, als die gegenwärtige Form des Beirats, der ewig ein Zankapfel bleiben wird.

* * *

Die sich anschließende Beschlussfassung über die zum Punkt „Geschäftsbericht“ vorliegenden Anträge ergab die Ueberweisung der Anträge 171 bis 179 (mit Ausnahme des nicht genügend unterstützten Antrages 173), 184, 190 und 225 an den Vorstand zur Erwägung. Antrag 226 wurde der Beschwerdekommision des Verbandstages überwiesen, Antrag 189 angenommen.

* * *

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung,

„Beitragsfestsetzung und Unterstützungseinrichtungen“

referierte Kollege Greve. Neben dem Geschäftsbericht spielt auf allen unseren Verbandstagen das Beitrags- und Unterstützungswesen eine wichtige Rolle. Der Verbandstag in Düsseldorf hatte unter dem Eindruck der verhältnismäßig guten Geschäftslage und in Anbetracht des noch günstigen Standes unserer Verbandsfinanzen eine Erweiterung der Unterstützungen ohne jede Beitragserhöhung vorgenommen. Bei der Beschlussfassung über die Unterstützungen dachte wohl niemand daran, wie schnell eine neue Krise über uns hereinbrechen und dadurch so viele unserer Mitglieder zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden würden. Diese erschreckend ausgedehnte Arbeitslosigkeit stellte die Verbandskasse vor schwere Aufgaben. Die Zahl der Unterstützungsempfänger erhöhte sich von Woche zu Woche und damit wurde der Kreis der Beitragszahler immer geringer. Wenn diese Wirtschaftskrise hätte vorausgesehen werden können, dann wären die teilweise über die Anträge des Vorstandes weit hinausgehenden Erweiterungen wohl nicht beschlossen worden. Das trifft besonders auf die Invalidenunterstützung zu.

In den Jahresberichten von 1928 bis 1931 sind die finanziellen Verhältnisse dargestellt. In der letzten Geschäftsperiode hatten wir eine Einnahme aus Beiträgen unter Abzug der Invalidenanteile von

1 990 646	Mk.	im Jahre 1928
2 009 717	"	" 1929
1 786 446	"	" 1930 und von
1 408 344	"	" 1931.

Dem steht eine Ausgabe gegenüber nur für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in Höhe von

603 477	Mk.	im Jahre 1928
936 170	"	" 1929
1 191 790	"	" 1930 und
1 352 202	"	" 1931.

In den letzten vier Jahren stand einer Beitragseinnahme von 7 195 153 Mk. eine Gesamtausgabe für Unterstützungen in Höhe von 4 392 566 Mk. gleich 61,05 Prozent gegenüber.

Diese Zahlen lassen erkennen, wieviel Not die Verbandskasse zu lindern in der Lage gewesen ist. Es kann daher keine Rede davon sein, daß für unsere arbeitslosen Mitglieder nicht genügend getan worden ist. Wie sich die Situation zuspitzt hat, zeigen die Einnahmen und Ausgaben vom ersten Quartal des laufenden Jahres. An Beiträgen sind 285 987 Mk. eingegangen, für Arbeitslosenunterstützung aber sind 350 185 Mk. und für Krankenunterstützung 68 120 Mk., zusammen also 418 305 Mk. ausgegeben worden.

Der Vorstand hat sich wiederholt und sehr eingehend mit der Gestaltung der finanziellen Lage des Verbandes beschäftigt. Nach der Inflation war es uns möglich, allmählich wieder gute Reserven anzusammeln, die in Zeiten der Not zur Verwendung kommen konnten. Der Vorstand war sich darüber klar, daß in der jetzigen schweren Zeit das Äußerste getan werden muß, um den in Not geratenen Mitgliedern durch Aufrechterhaltung der Unterstützungseinrichtungen ihr Schicksal zu erleichtern. Leider haben sich die Hoffnungen, damit die ganze Zeit der Krise zu überstehen, nicht erfüllt, denn da der Verband über andere Mittel nicht verfügt, als über die von den Mitgliedern herinkommenden Beiträge, so bleibt jetzt nichts anderes übrig, als die Unterstützungssätze zu kürzen.

Die ständig zunehmenden Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung ließen die Auffassung reifen, daß zur Sanierung der Verbandsfinanzen tief in das Unterstützungswesen eingreifende Änderungen vorgenommen werden müssen. Von den eingereichten Anträgen befaßten sich zwei Drittel mit Beitrags- und Unterstützungsfragen, zu denen weitgehende Veränderungen beantragt werden. Auf der einen Seite wird eine Herabsetzung der Beiträge verlangt, während auf der anderen eine Vermehrung der Beitragsklassen um eine bzw. zwei Klassen beantragt wird. Der Vorstand hält es jedoch für zweckentsprechender, wenn in Anbetracht der augenblicklichen Lage an den bestehenden statutarischen Bestimmungen so wenig wie möglich geändert wird. Nach reiflicher Beratung ist der Vorstand zu dem einstimmigen Vorschlag gekommen, zu empfehlen, an der Beitragshöhe — mit einer Ausnahme — eine Veränderung nicht vorzunehmen. Wir haben seither in der dritten Klasse einen Beitrag von 75 Pf. und für diejenigen weiblichen Mitglieder, die sich durch Leistung eines Sonderbeitrages in Höhe von 20 Pf. pro Woche vom 1. Januar ab an der Invalidenunterstützung beteiligen, beträgt der Beitrag jetzt 95 Pf. Der Vorstand hat die Einführung des Obligatoriums für die Invalidenunterstützung für die Beitragsklassen 2 bis 5 beantragt. Hieraus erklärt sich die Beitragserhöhung für alle die Mitglieder der 3. Klasse, die bisher einen Sonderbeitrag nicht leisteten.

Sollte sich die Mehrheit des Verbandstages jedoch für eine Herabsetzung der Beiträge entscheiden, dann kommen wir um eine sehr erhebliche Herabsetzung sämtlicher Unterstützungsarten nicht herum. Es ist dann zu befürchten, daß die bei allen Unterstützungen vorgesehenen Kürzungen von 20 bis 40 Prozent nicht ausreichen, um die geplante Sanierung der Verbandskasse zu erreichen. In diesem Falle hätte also eine weitere Senkung der Unterstützungssätze einzutreten.

Die finanziellen Verhältnisse lassen außerdem die Fortzahlung der monatlichen besonderen Unterstützung an die ausgefeuerten arbeitslosen Mitglieder nicht mehr zu, es sei denn, die hierfür benötigten Mittel werden durch besondere Extrabeiträge aufgebracht. Die Extrounterstützung kann ohne jede Gegenleistung nicht mehr weitergezahlt werden, wo schon alle statutarischen Unterstützungen erheblich reduziert werden müssen.

Ganz besondere Sorge bereitet uns die Entwicklung der Invalidenunterstützung. Das sprunghafte Ansteigen des Invalidenstandes ist in der Hauptsache auf die Rationalisierung und auf die Stilllegung so vieler Betriebe zurückzuführen, die im vorgeschrittenen Alter stehende Mitglieder ohne Aussicht auf Wiedereinstellung außer Arbeit brachte. Außerdem ist der Verbandstag in Düsseldorf sehr weit über den Antrag des Vorstandes zur Erweiterung der Invalidenunterstützung hinausgegangen. Nach der damals sehr vorsichtig vorgenommenen Berechnung brachte die vorgesehene Erhöhung der Unterstützungssätze der Verbandskasse eine Mehrausgabe pro Jahr von etwa 25 Prozent. Jedoch dadurch, daß der Verbandstag beschloß, die höchste Karenz von 910 auf 780 Wochen herabzusetzen und ferner den Kriegsteilnehmern die Nachzahlung der Invalidenanteile zu gestatten, wurde der Verbandskasse eine weit höhere Belastung auferlegt. Es mußte einer größeren Zahl älterer Kollegen, die die vorgesehene Karenz von 910 Beiträgen nicht erfüllt hatten und deshalb mit ihrem Anspruch auf Invalidenunterstützung abgewiesen waren, die Unterstützung nachträglich bewilligt werden, weil die am 1. Oktober 1928 in Kraft getretene Karenz von 780 Beiträgen erfüllt war. Es liegen auch Fälle vor, daß Kriegsteilnehmer erst durch Nachzahlung der

Invalidentanteile in den Genuss der Invalidentunterstützung kamen.

Die starke Steigerung des Invalidentstandes zeigen folgende Ziffern. Es waren vorhanden

Ende 1927 . . .	166 männl. — weibl. Inv.
" 1928 . . .	233 " 3 " "
" 1929 . . .	302 " 14 " "
" 1930 . . .	411 " 21 " "
" 1931 . . .	546 " 36 " "

Im Jahre 1927 kam auf 98 steuernde Mitglieder ein Invalide, im Jahre 1931 aber schon auf 29 steuernde Mitglieder einer. An Invalidentunterstützung wurde gezahlt:

	an männl. Invaliden	an weibl. Invaliden
1927 . . .	50 912 Mk.	— Mk.
1928 . . .	74 240 "	235 "
1929 . . .	134 083 "	1 889 "
1930 . . .	177 949 "	3 911 "
1931 . . .	242 028 "	7 219 "

Die Entwicklung der Invalidentunterstützung gibt zu den größten Bedenken Anlaß. Es ist daher für uns zwingende Pflicht, die Einnahmen für die Invalidentunterstützung mit den Ausgaben nicht nur in Uebereinstimmung zu bringen, sondern auch für eine nennenswerte Rücklage für den Reservefonds zu sorgen.

Der erste Schritt zur Sanierung ist bereits im Dezember 1931 getan worden. Durch die Urabstimmung haben sich die an der Invalidentunterstützung beteiligten Mitglieder mit großer Mehrheit für eine Verdoppelung des Beitragsanteiles für die Invalidentunterstützung entschieden. Vom Januar 1932 an wurden für diese Unterstützung berechnet 40 Pf. pro Woche von jedem Beitrag der 5. Klasse und je 20 Pf. vom Beitrag der 4. Klasse sowie vom Beitrag derjenigen weiblichen Mitglieder der 3. Klasse, die sich zur Leistung des Sonderbeitrages bereit erklärt haben. Die doppelorganisierten Mitglieder unserer 1. Beitragsklasse leisten ebenfalls einen Beitragsanteil von 40 Pf. Das Ergebnis im 1. Quartal ist nun so, daß für Invalidentanteile 41 150 Mk. vereinnahmt sind, an Ausgaben sind jedoch 74 242 Mk. zu verzeichnen, so daß immer noch 33 092 Mk. den Reserven entnommen werden mußten.

Die Rücklage für die Invalidentunterstützung wird daher immer geringer, und da eine weitere Erhöhung der Invalidentanteile nicht möglich sein wird, müssen die Unterstützungen nach dem Vorschlag des Verbandsvorstandes um mindestens ein Drittel gekürzt werden. Mit dieser Herabsetzung der Unterstützungssätze allein wird jedoch die notwendige Sanierung noch nicht herbeigeführt. Der Verbandsvorstand empfiehlt daher eine andere Festsetzung der Karenzzeiten. Bei gleichbleibender Staffelung des Lebensalters (§ 25) soll die Karenz mit 520 Beiträgen beginnen und mit 910 Beiträgen abschließen, statt bisher mit 360 und 780 Beiträgen.

Die Anträge, den erwerbslosen Mitgliedern die Fortzahlung der Invalidentanteile zu gestatten und für eine zurückliegende Zeit eine Nachzahlung der Invalidentanteile zuzulassen, sind wohl gut gemeint, sie lassen jedoch die große Belastung, die der Verbandskasse dadurch entstehen, unberücksichtigt. Ueber diese Fragen wird erst dann geredet werden können, wenn der Beharrungszustand eingetreten ist, sich also der Zu- und Abgang an Invaliden einigermaßen ausgeglichen haben wird.

Frühere Verbandstage zeigten niemals Neigung für Pflichtbeiträge. Jetzt scheint in dieser Haltung ein Wandel eingetreten zu sein, denn von vielen Zahlstellen liegen Anträge auf Einführung von Pflichtbeiträgen vor. Man kann ihnen zustimmen, sie werden der Verbandskasse ebenfalls eine Entlastung bringen. Zu beachten bleibt immer, daß die Verbandskasse dringend einer Stärkung bedarf, die Einnahmen und Ausgaben also unter allen Umständen einander angepaßt werden müssen. Alle vom Verbandsvorstand unterbreiteten Anträge sind als vorübergehende Lösung gedacht. Sobald eine Besserung in den Kassenverhältnissen eintritt, ist vorzusehen, die seither gültigen Bestimmungen für unser Unterstützungsverfahren nach und nach wieder in Kraft zu setzen.

2. Verhandlungstag.

Die zum Punkt „Beitrags- und Unterstützungsfragen“ einsehende Aussprache, die trotz teilweiser Schärfe sehr sachlich geführt wurde und deren Inhalt wir nachstehend möglichst ausführlich wiedergeben, eröffnete

Kollege Richter-Darmstadt: Die bisherige Beitrags- und Unterstützungsregelung hat sich immer den jeweiligen Verhältnissen angepaßt. Jetzt müssen wir den außerordentlichen Verhältnissen Rechnung tragen und glauben daher, besser zu fahren, wenn wir unserem Darmstädter Antrage gemäß in Zukunft den Verbands- und Invalidentbeitrag getrennt erheben. Bei der starken Kurzarbeit kommen die Mitglieder oft mit der Beitragszahlung in Verzug und sie können dann die restlichen Beiträge nicht nachzahlen. Wir halten daher eine Teilbeitragsleistung für zeitgemäß. Wenn wir auch nicht erwarten, daß unser Antrag Nr. 230 angenommen wird, so erwarten wir doch, daß die Kommission denselben wenigstens sinngemäß Rechnung trägt. Wir müssen mit einer Verschärfung der Krise rechnen und wollen daher den von dieser schwer Betroffenen die Möglichkeit geben, den Invalident-Beitragsanteil weiter zu zahlen.

Kollege Ehrhardt-Hanau sprach die Befürchtung aus, daß alle Berechnungen und Beschlüsse des diesjährigen Verbandstages wahrscheinlich bald wieder überholt sein werden; ebenso wie es mit der 40-Stunden-Woche gehen wird. Man hätte schon vor zwei Jahren eine andere Beitragsregelung für die seit langer Zeit Arbeitslosen und Kurzarbeiter finden müssen. Den Pflichtbeitrag hätte man längst einführen sollen, er hätte uns eine bessere Kontrolle der Mitglieder gegeben. Der Anteil aus den Beiträgen für die Zahlstellen ist auch nicht mehr ausreichend. Die Krankenunterstützung unterliegt infolge der scharfen Kontrolle der Krankenkasse bzw. deren Vertrauensärzte weniger der Gefahr der übermäßigen Ausnutzung. Er bemängelt weiter die große Härte bei der Umrechnung der Beiträge, wenn ein Mitglied einmal für eine vorübergehende Zeit in einer niederen Beitragsklasse gesteuert hat.

Genosse Spließ vom MDGB. ging in längeren Ausführungen auf die beabsichtigten Kürzungen in der Arbeiterversicherung ein und zog daraus Parallelen zwischen den Neuregelungen und Sanierungen in der Invalidentversicherung und den hier in unserem Verband notwendigen Änderungen. Er weist darauf hin, daß man selbst dann, wenn wir eine Hochkonjunktur wie 1928 wieder bekommen würden, infolge der Rationalisierung 25 Proz. der Beschäftigten weniger in den Betrieben unterbringen könnte. Wir müssen daher auch in Zukunft mit einer hohen Belastung des Arbeitsmarktes rechnen. Es sei daher zu erwägen, ob die Gewerkschaften ihre Arbeitslosenunterstützung nicht an die staatliche Arbeitslosenversicherung angleichen bzw. erst dann Unterstützung zahlen, wenn die staatliche Unterstützung aufhört und die Not der Arbeitslosen am größten ist. Allerdings wird sich dies vorläufig wohl kaum durchführen lassen. Unzweifelhaft sind aber manche der vorliegenden Anträge zu weitgehend und die verlangten Unterstützungssätze zu hoch.

Redner wies weiter auf die starke Belastung der Landesversicherungsanstalten durch das starke Anwachsen der Invalidentzahl, insbesondere auch durch Erhöhung der durchschnittlichen Lebensdauer, hin, obwohl die durchschnittliche Höhe der Monatsrente nur 37 Mk. pro Monat beträgt. Auch das starke Anwachsen der Invalidentziffer in unserem Verbandsgebiet zeigt deutlich die schwere Belastung des Verbandes und zwingt zur größten Vorsicht. Er empfiehlt daher dringend, nicht über das hinauszuweisen, was der Verbandsvorstand in seinem Antrage wünscht. Es liegt sonst die Gefahr nahe, daß die Gewerkschaften sich an ihren sozialen Einrichtungen verbluten.

Reg-Frankfurt: Die Ausführungen des Genossen Spließ waren sehr interessant. Leider ist den Mitgliedern noch immer zu wenig bekannt, welche hohen Unterstützungsleistungen unser Verband bei seinen relativ geringen Beiträgen gewährt. Zum Beweis dafür verweise er auf die Unterstützungen bei den früheren Beiträgen und jetzt Er empfahl daher, sich mehr auf die Linie von 1926 zurückzuziehen und hat Bedenken gegen die vollständige Aufhebung der Krankenunterstützung. Man sollte lieber dazu übergehen, die letztere mit der Arbeitslosenunterstützung gegenseitig aufzurechnen, wenigstens den Tagen nach. Den lange Zeit Arbeitslosen zu gestatten, die Invalidentbeiträge nachzuzahlen, ist unmöglich. Man kann nicht den Arbeitslosen zumuten, die hohen Beiträge während der Arbeitslosigkeit zu zahlen. Einige würden dies wohl gern trotz aller Schwierigkeiten tun, aber dann müßten wir die anderen wegen Nichtzahlung ausschließen, und das sei eine große Härte.

Sesche-Leipzig: Der Verbandstag hat gegenwärtig den schwersten Beratungspunkt. Die Sanierung des Verbandes liegt uns allen am Herzen, um seine Schlagkraft zu erhalten. Das bedingt aber, daß man an den hohen Beiträgen nicht unbedingt festhalten kann, sondern diese mehr den gegenwärtigen Verhältnissen anpassen muß. Er empfiehlt in diesem Zusammenhang den Leipziger Antrag Ein Pflichtbeitrag ist auf die Dauer von unseren Mitgliedern nicht zu erhalten. Aber den alten treuen Mitgliedern muß man die Möglichkeit geben, sich Rechte auf die Invalidentunterstützung zu erwerben. Der Antrag des Verbandsvorstandes 104 gibt uns außerordentlich zu denken, er ist kaum zu ertragen. Die Krankenunterstützung könnte dagegen entsprechend den Anträgen des V. B. vorläufig auf ein Jahr aufgehoben werden. Die Unterstützung muß so festgesetzt werden, daß sie auf längere Zeit durchgeführt werden kann und die Schlagkraft des Verbandes nicht schwächt.

Püsching-Frankfurt: Die Mehrzahl unserer Mitglieder steht auf dem Standpunkt, die jetzigen Beiträge beizubehalten. Wenn allerdings durch die 40-Stunden-Woche eine weitere Kürzung der Löhne eintreten sollte, dann müßten wir schon heute Vorkahrungen treffen, daß dann die Beiträge usw. entsprechend gekürzt werden. Den Pflichtbeitrag, entsprechend dem Antrag der Zahlstelle Hannover, halten wir für zeitgemäß und gerechtfertigt. Von einem Extrabeitrag, wie ihn Antrag 66 vorseht, bittet er jedoch abzusehen. Wenn wir auch der Auffassung waren, daß die Unterstützungssätze gekürzt werden müssen, dann haben wir doch nicht geglaubt, daß die Lage so schwer ist, wie sie Kollege Greve und Genosse Spließ geschildert haben. Die Anträge von Darmstadt und Chemnitz sollten doch in irgendeiner Form berücksichtigt werden, aber entschieden abzulehnen ist der Antrag 104 des Verbandsvorstandes.

Braun-Hamburg: Als am 1. Januar die ungeheure Lohnsenkung eintrat, wurden auch bei uns entsprechende Beitragsentungen gefordert. Inzwischen hat man jedoch eingesehen, daß dies unmöglich ist. Redner schildert dann die verschiedenen Löhne Hamburgs in unserer Branche und hält eine entsprechende Berücksichtigung bei der Beitragsleistung für notwendig. Mit der evtl. weiteren Lohnsenkung bei Einführung der 40stündigen Arbeitszeit muß jedoch eine entsprechende Senkung der Beiträge und Unterstützungssätze ins Auge gefaßt werden. Er empfiehlt ferner den Antrag 62 zur Annahme, da es eine große Härte für unsere Kollegen bedeutet, wenn sie infolge veränderter Lohnverhältnisse in verschiedenen Beitragsklassen zahlen müssen und dadurch die Beiträge ungemein erhalten.

Sesze-Stuttgart: Wenn alle unsere Kollegen des Reichs hier versammelt sein könnten, würde die Entscheidung über diese schwere Frage leichter sein. Die Schilderungen der Kollegen Greve und Spließ sollten uns veranlassen, allem nächsten ins Auge zu sehen, um eine gute Lösung zu finden. Notwendiger denn je ist aber jetzt die Einigkeit der Arbeiter, und verwerflich, wer in so schweren Zeiten noch Zwietracht in deren Reihen trägt.

Kollege Rohner-Königsberg erkennt ebenfalls die schwierige Lage an, in der wir uns befinden, geht in längeren Ausführungen auf einzelne Anträge und die Ausführungen des Kollegen Greve ein und sieht die notwendige Herabsetzung der Unterstützungssätze ein. Er warnt jedoch vor einer Trennung des Invalidentbeitrages vom Verbandsbeitrag, da viele junge Kollegen noch nicht die Bedeutung der Invalidentunterstützung rechtzeitig erkennen und oft zu spät mit der Zahlung derselben beginnen würden. Sehr notwendig ist aber auch eine Erhöhung des prozentualen Anteiles der Zahlstelle.

Kollege Hauelsen wies darauf hin, daß bei der ganzen Debatte weniger das Gefühl als der Verstand mitzureden müsse. Wir sollten uns doch bewußt sein, daß wir Beiträge und Unterstützungssätze in Uebereinstimmung zu bringen haben. Tun wir dies nicht, dann müssen wir sehr stark damit rechnen, daß schon in kurzer Zeit wieder eine Änderung vorgenommen werden muß. Wenn das Unterstützungsverfahren schon früh bei uns aufgebaut und zu der heutigen Höhe ausgebildet wurde, dann haben wir dabei die Erfahrung gemacht, in welcher schweren Gefahr die Organisation kam, wenn man dabei nur das Gefühl mitreden ließ. Die Unterstützungen wurden nicht als Selbstzweck eingeführt, sondern als Mittel zu dem

Zweck, Mitglieder zu gewinnen und zu erhalten. Wenn wir also das, was wir bis in die letzte Zeit hinein geleistet haben, zahlen konnten, dann nur dadurch weil die ganze Struktur des Verbandes eine ganz andere geworden ist. Er verwies auf die Fluktuation der Mitglieder früher und jetzt. Diejenigen Gewerkschaften, die nur männliche Mitglieder haben, mußten schon früher höhere Beiträge erheben als wir, weil deren Mitgliederbestand stabiler war. Auch die englischen Gewerkschaften mit ihrem weit ausgebauten Unterstüßungswesen konnte ihre Leistungen nur durch die starke Fluktuation durchführen. Er verwies weiter auf die ungeheuren Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt zwischen der Vorkriegszeit und heute und empfahl die Anträge des Verbandsvorstandes, die nach sehr eingehenden Berechnungen gestellt worden sind. Insbesondere ging Hauelsen in längeren Ausführungen auf das gewünschte Obligatorium der Invalidenbeiträge für unsere Kolleginnen ein. Sehr eindringlich warnt er jedoch vor der Absicht, den Invalidenbeitrag vom Verbandsbeitrag zu trennen, ebenso warnt er davor, den bisherigen Zustand aufrechtzuerhalten, daß die Mitglieder nach 39 Wochen wieder dieselbe Unterstützung beziehen können. Dies sei eine besonders starke Belastung der Verbandstasse, die diese auf die Dauer nicht mehr tragen könne.

In bezug auf den Pflichtbeitrag wünscht Hauelsen, daß dieser Antrag vom Verbandstag angenommen wird. Wenn der Verbandsvorstand selbst einen solchen nicht gestellt habe, dann nur, weil seine Anträge seit 25 Jahren regelmäßig vom Verbandstag abgelehnt wurden. Der Verbandsvorstand erwartet, daß der jetzige Verbandstag selbst die Notwendigkeit anerkennen und den Pflichtbeitrag annehmen werde.

Kollege Bonjier-Regensburg ist der Auffassung, daß man den Pflichtbeitrag einführen müsse. Ebenso sind wir für Streichung der Krankenunterstützung. Auf eine Einschränkung der Agitation dürfen wir uns jedoch unter keinen Umständen einstellen. Im weiteren empfiehlt er nachdrücklich den Antrag 183, der die Zahlstellen vor der Ausbeutung gewisser Mitglieder schützen soll.

Kollege Bruns-Breslau vertritt die Auffassung, daß man auch nach Einführung der 40-Stunden-Woche an eine Beitragsenkung nicht herangehen dürfe. Er wendet sich auch gegen den Berliner Antrag, eine weitere Beitragsklasse einzuführen. Für den Pflichtbeitrag sei es jetzt nicht an der Zeit. Er wendet sich gegen den Antrag 104, der eine schwere Schädigung unseres besten Mitgliederbestandes bedeutet. Schon zweimal, 1914 und 1923, war der Verband gezwungen, Unterstützungseinrichtungen aufzuheben. Die jetzige Finanzlage der Verbandstasse ist jener Situation ähnlich und zwingt uns, so leid es uns tut, einen tiefen Einschnitt, wenn auch nur vorübergehend, beim Unterstüßungswesen vorzunehmen.

Kollege Schuffenhauer-Chemnitz empfiehlt den Antrag 63, Anrechnung der Vehringsbeiträge betreffend, ebenso den Antrag 37, der eine besondere Zahlung der Invalidenbeiträge bei Krankheit und Arbeitslosigkeit vorseht.

Kollege Dürr-Bahr hält eine Beitragsenkung im gegenwärtigen Augenblick für untragbar. Dagegen sei eine Vermehrung der Beitragsklassen durchaus notwendig. Dabei soll von der III. Klasse an der Invalidenbeitrag obligatorisch erhoben werden. Der Antrag von Darmstadt über den Neuaufbau des Unterstüßungswesens ist zwar sehr interessant, doch im gegenwärtigen Augenblick nicht realisierbar. Bei der Invaliden- und bei der Arbeitslosenunterstützung ist die Höhe der Unterstützung nicht entscheidend. Die Krankenunterstützung auf ein Jahr aufzuheben, sei äußerst bedenklich und darum abzulehnen.

Kollegin Fründt-Berlin bemängelt, daß die bisherigen Unterstüßungsätze zuungunsten der Kolleginnen festgelegt sind und daher eine gerechtere Regelung ersehnt werden sollten. Weiter wendet sie sich gegen den Antrag 104, der eine große Ungerechtigkeit bedeutet.

Kollege Löffler-Berlin erkennt die schwierige Lage der Verbandstasse an. Er bittet daher mit Rücksicht auf die heutigen schwierigen Verhältnisse eine neue Beitragsklasse anzufügen. Man müsse auf der einen Seite den Minderbezahlten eine Erleichterung schaffen, aber zu gleicher Zeit auch von den höher Entlohnerten einen höheren Beitrag verlangen. So könnten die Akkordarbeiter oft sehr gut einen höheren Beitrag zahlen. Die Invalidenunterstützung sehen wir mit als den wichtigsten Zweig des Unterstüßungs-

wesens an und wünschen daher seinen Ausbau. Dagegen können wir uns für den Pflichtbeitrag nicht erwärmen, halten ihn für undurchführbar und lehnen die diesbezüglichen Anträge ab. Bei der Umrechnung der Beiträge wünscht auch er eine Aenderung der Bestimmungen, da es eine große Härte bedeute, wenn Kollegen, die jahrelang in einer höheren Beitragsklasse gezahlt haben, durch den minderen Verdienst vorübergehend in eine niedrigere Beitragsklasse Beiträge entrichteten und dann — wenn sie wieder in die höhere Klasse steuern — die Beiträge alle umgerechnet erhalten und ihnen dadurch mehrere hundert Beiträge verlorengehen.

Kollege Silz-Eisenberg wendet sich ebenfalls gegen den Antrag 104; auch die Aufhebung der Krankenunterstützung hält er für bedenklich. Wenn jedoch notwendig, könnte man dies bei der I. und II. Klasse beschließen. Ganz besonders vorsichtig müsse man aber die Herabsetzung der Invalidenunterstützung behandeln. Redner schildert weiter die mißlichen Verhältnisse in der Zahlstelle Eisenberg, die ganz erhebliche Zuschüsse aus der Verbandstasse seit längerer Zeit erfordern.

Kollege Gräfe-Altensburg erklärt sich ebenfalls gegen die großen Härten bei der Umrechnung der Beiträge und empfiehlt eine Erweiterung unserer Beitragsklassen. Dagegen erkennt er die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Unterstüßungsätze an. Bezüglich des Pflichtbeitrages tritt er für den Leipziger Antrag ein. Auch den Antrag 41, der eine Nachzahlung der Invalidenbeiträge gestatten soll, befürwortet er.

* * *

Nach Abschluß der Aussprache wurden die Anträge 1 bis 142, 180 bis 183, sowie 223 und 227 der materiellen Kommission zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Zur Vorbereitung der Beschlußfassung über die sonst noch zum Statut vorliegenden Anträge wurden der idellen Kommission die Anträge 143 bis 170, 222, 224 und 228 überwiesen.

Nach der Mittagspause trat der Verbandstag in geschlossener Sitzung in die Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung, „Tarif- und Lohnbewegungen“, ein, zu dem Kollege Wienke das einleitende Referat hielt. Die Berichterstattung hierüber erfolgt in nächster Nummer unserer Zeitung.

Der bankrotte Kapitalismus.

Die Haltung unserer Gewerkschaften gegenüber den wirtschaftlichen Tagesfragen und ihre grundsätzliche Stellung zur kapitalistischen Interessenswirtschaft ist klar und eindeutig. Die nur auf egoistisches Profitstreben eingestellte Arbeit der Unternehmer aller Größenklassen kennt keine Vernunft trotz aller Fehlschläge, die sie nun schon seit Jahren täglich erleidet. Die schärfste Ablehnung der kapitalistischen Geldengänge durch unsere Gewerkschaften ist darum nur zu berechtigt. Hin und wieder findet sich allerdings auch einmal unter den hervorragenden Wirtschaftsführern ein weißer Kabe, der zwar nicht den Standpunkt der Gewerkschaften teilt, aber doch Anschauungen offenbart, die sich nahezu mit denen der Gewerkschaften decken. In den Kreisen der Unternehmer haben jedoch die Ausführungen solcher Außenstehender noch nie Boden finden können, sie werden entweder totgeschwiegen oder sonstwie unschädlich gemacht. Eine klare Erkenntnis kann der Kapitalismus eben nicht vertragen. Auch die nachfolgenden Ausführungen des Generaldirektors der W.-Farbenindustrie, des Prof. Dr. Borsch-Heidelberg, werden ein Sieb in die Luft bleiben, nicht obwohl, sondern weil sie die derzeitige Situation auf dem Wirtschaftsmarkt durchaus richtig kennzeichnen. In einem Aufsatz über „Das deutsche Industrieproblem“ stellt Prof. Borsch den Bankrott des Kapitalismus mit folgenden Worten unter Beweis:

„Ein reibungsloses Funktionieren einer Volkswirtschaft ist bei dem heutigen Zustand der innigen Verpfändung nur möglich, wenn, international gesehen, alle Teile reibungslos arbeiten können. Es genügt also nicht, wenn die Industrie gut organisiert, gut geleitet ist und über einen guten Arbeiterstamm verfügt. Es gehört dazu selbstverständlich eine regelmäßige, übersehbare Absatzmöglichkeit und als Zwischenglied ein feinnerviges, geschicktes Kredit-system. Der technische Fortschritt hat deshalb heute einen so schweren wirtschaftlichen Bruch erlitten, weil die letzte Krönung der organischen und technischen Entwicklung der Einzelwirtschaften, nämlich die Sicherung der gemüßwringenden internationalen ökonomischen Zusammenarbeit, ausbleibt.“

Statt auch hier zu rationalisieren und veraltete Zoll- und protektionistische Maßnahmen über Bord zu werfen, ist man plötzlich in der Welt den entgegengesetzten Weg gegangen. Bei dem gegenwärtigen Hochstand der Wissenschaft in allen zivilisierten Ländern kann

man sich nur denken, daß politische Gründe dafür maßgebend waren. Auf jeden Fall hat man aber damit erreicht, daß die Welt heute vor einem wirtschaftlichen Trümmerhaufen steht. An einzelnen Stellen unserer Erde türmen sich Vorräte von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, wie Metall, Wolle, Baumwolle, Kakaó, Kaffee, Zucker, Getreide, an, die an anderen Stellen auf das notwendigste gebraucht würden. Riesige Gebiete mit vielen Millionen Menschen leiden unter drückender Hungersnot aus Mangel an Nahrungsmitteln, während ihre Antipoden wegen der Unverkäuflichkeit ihrer erzeugten Nahrungsmittel ebenfalls dem wirtschaftlichen Ruin entgegenstreben.

Das ist bis zum letzten Wort auch die Anschauung unserer Gewerkschaften. Die Unternehmer in ihrer Gesamtheit stehen jedoch solchen vernünftigen Aeußerungen vollständig ablehnend gegenüber, da sie in deren Anerkennung eine Beschneidung ihrer profitlüchtigen Handlungsfreiheit sehen. Die technische Entwicklung mit ihrer Ueberfüllung der gewerblichen Produktionsstätten mit nie voll auszunutzbaren Maschinenanlagen zwingt sie zur egoistischen Ablehnung aller Erleichterungen für die unter den Folgen der Wirtschaftskrise so schwer Leidenden. Sie wollen nicht sehen, daß die Maschine, die so viele Arbeitskräfte brotlos gemacht hat, unter Umständen zu einem Gegenstand des Hasses werden kann, trotz der guten Eigenschaften, die sie bei vernunftgemäßer Anwendung für die gesamte Menschheit haben sollte. Wie dagegen die Maschine zu einer Wohltäterin für alle werden kann, hat der weltbekannte Techniker Dr. Ostar von Miller jüngst in einer Rede in Essen dargestellt, als er dort sagte:

„Trotz all ihrer Wohltaten für die Menschheit wurde die Technik immer angefeindet. Sie hat die Eigenschaft, daß sie Menschenarbeit entbehrlich macht. Schon die ersten Spinnmaschinen versuchte man deshalb zu zerbrechen. Das war ebenso unsinnig, als wollte man den Apfelbaum abhauen, weil er die Früchte mit weniger Arbeit liefert als ein Kartoffelacker. Jetzt sind wir wieder in einer Periode, in der die Menschen Angst vor der Technik haben. Aber die Technik ist gewiß nicht schuld an den jetzigen Verhältnissen. Schuld ist vielmehr, daß die Menschen den Fortschritten der Technik auf anderen Gebieten nicht schnell genug folgen konnten, wie z. B. mit ihren sozialen Anschauungen und ihrer finanzwirtschaftlichen Organisation. Die Technik lehrte zwar Werte zu schaffen, aber niemand lehrte den Menschen, sie richtig zu verteilen. Was man Ueberproduktion nennt, besteht darin, daß die Technik mehr leistet, als die Menschen momentan ge-

brauchen können. Eine wirkliche Ueberproduktion wäre erst dann zu befürchten, wenn einmal alle Menschen gute Nahrung hätten, alle warm gekleidet wären, alle eine Wohnung hätten, die ihnen eine Heimat wäre. Zur Bekämpfung der vorübergehenden Ueberproduktion genügen nicht die bisherigen Mittel. Es hilft nicht viel, wenn man den Menschen sagt, sie sollen ihre Bedürfnisse einschränken. Den Verbrauch erhöhen und die Menschenarbeit einschränken, das sind die einzigen Möglichkeiten. Davor hat man eine furchtbare Angst. Die Einschränkung der Menschenarbeit erfolgte ja tatsächlich, aber so planlos, daß man Arbeitswillige auf die Straße setzt und ihnen dann Unterstützung zahlt. Ich glaube, man kann die Menschenarbeit viel planmäßiger einschränken. Das wäre kein Unglück. Statt der 10-, 12- und 14stündigen Arbeitszeit sind wir jetzt mit einem kürzeren Arbeitstag gut ausgekommen. Will man die Arbeitszeit nicht einschränken, so kann man sich auch dadurch helfen, daß man die freien Tage vermehrt. Früher war in dem katholischen Süddeutschland alle 14 Tage ein Feiertag oft fielen mehrere zusammen, das waren glückliche Zeiten!

Wären diese Gedanken Allgemeingut aller Bevölkerungsschichten, dann würde es die Frage nicht geben, ob die Technik ein Segen oder ein Fluch für die Menschheit ist. Sie wäre dann in der Tat die größte Wohltäterin der Menschheit.

Doch auch diese Ausführungen Dr. v. Millers sind klatschende Ohrfeigen für unsere Wirtschaftsführer, die nicht erkennen wollen, daß der Bankrott des Kapitals durch ihre sinnlose Haltung zu den drängendsten Tagesfragen beschleunigt wird. Leider gelten Vernunft und Verzicht auf eigene Vorteile zum Besten des Volksganges nichts, wenn der Profit in Gefahr zu kommen droht. Da muß die Arbeiterschaft kräftig nachhelfen, um die Vernunft zum Siege zu bringen. Der Kampf gegen das zur Ueberwindung der jetzigen Wirtschaftsnöte nicht geeignete und nicht fähige Privatkapital muß durch unsere Gewerkschaften mit verstärkter Kraft weitergeführt werden. Hierbei darf kein Gewerkschaftsmitglied untätig bleiben.

Das Gaufrieren des Papierses.

Gaufrieren ist ein Ausdruck, den man treffend nicht übersetzen kann, denn man versteht darunter eine ganz besondere Behandlung der Papieroberfläche und auch anderer Stoffe, die man z. B. mit Pressen und Prägen nicht genau bezeichnet. Das Gaufrieren des Papierses ist durchaus nicht neu, es wird vielmehr schon außerordentlich lange gehandhabt. Das Gaufrieren kommt bei den Papieren der verschiedensten Art zur Anwendung, setzt aber natürlich immer eine besondere Eignung des Stoffes voraus. Nicht alle Papiere lassen sich einwandfrei gaufrieren. Es liegt natürlich auch auf der Hand, daß sich Papiere und ähnliche Stoffe, die hart, unelastisch oder direkt spröde sind, im allgemeinen zur Gaufrage nicht eignen. Es ist vielmehr ein zäher Stoff von einer gewissen Weichheit und nicht zu hoher Elastizität erforderlich, da sonst die Musterung nicht aufgenommen wird oder diese schnell wieder zurückgeht.

Das Gaufrieren ist auch schon mit „Formgebung der Papieroberfläche“ bezeichnet worden. Man kann diesen Ausdruck jedoch nicht rechtfertigen, denn der Zweck des Gaufrierens ist es, einen anderen Stoff, wie Leder, Holz usw. vorzutäuschen, ist also gewissermaßen eine Imitation. Wie weit man dabei zu gehen vermag, beweisen die zahlreichen und mannigfachen Musterungen, Farbungen usw. der Papiere und papierähnlichen Stoffe. Es ist bekannt, daß die Täuschung so weit getrieben werden kann, daß eine Unterscheidung von echten Stoffen nur schwer möglich ist. Es sei dabei an die Lederersatzpapiere erinnert.

Die Buntpapierindustrie, aber auch die Industrie der Kunststoffe könnte ohne die Gaufrage heute überhaupt nicht bestehen, denn gerade sie bietet die größte Möglichkeit zur Weiterbehandlung und gibt den Stoffen die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Es sei da nur an die Behandlung des Papierses erinnert,

das bei einer entsprechenden Vorfärbung und Gaufrierung von genarbttem Leder, Holzmaserung und dergleichen kaum zu unterscheiden ist. Auch die Lugsuspapierfabrikation wird ohne Gaufrage gar nicht denkbar, denn zahlreiche Effekte beruhen auf dieser Behandlung.

Ähnlich liegt es bei den Pergamentpapieren, die heute bei der Verpackung eine so große Rolle spielen und die nicht nur dem reinen Verpackungszweck dienen sollen, sondern auch die Packung oft noch geschmackvoll gestalten müssen.

Für die Lugsuspapierindustrie, besonders zur Herstellung gewisser Schreib- und ähnlicher Papiere, ermöglicht die Gaufrage nicht nur die vielfach schon angewendete Leinenprägung, sondern auch andere Wirkungen, wie z. B. Füllgrannmusterungen. Die Gravur der Walzen ist dabei außerordentlich fein, so daß ein kaum meßbarer Eindruck erzielt wird, der aber an jeder Stelle die Struktur des Papierses in einer Weise verändert, daß die Musterungen durchscheinend sind. Das Papier wird an dieser Stelle gewissermaßen verdichtet.

Ein anderes Anwendungsgebiet der Papiergaufrage ist die Tapetenindustrie, die sich ihrer besonders bedient, um bei billigen Tapeten besondere Muster plastischer erscheinen lassen. Ganz besonders häufig findet man da Moiré-Prägung. Aber auch bei besseren und besten Erzeugnissen der Tapetenindustrie kommt die Gaufrage sehr viel zur Anwendung, und zwar um verschiedene Effekte zu erzielen. Im ersteren Falle überläßt man es der Prägung allein, das Muster abzugeben. Ganz besonders wird diese Art bei den als Ersatz für Untrusta bestimmten Tapeten angewendet. Auch die bekannte Tektotapete hat die hervorragenden Effekte, durch die sie sich auszeichnet, nur der Gaufrage zu verdanken. Die Herstellung der Tektotapeten weicht nun allerdings von der der üblichen Tapeten vollkommen ab, sie beruht darauf, daß auf eine Papierbahn ein Zelluloseüberzug in entsprechenden Farben aufgetragen wird, der dann durch die Gaufrage feinsten Seidentapeten ähnlich gemacht wird. Für den Laien ist das an der Wand angeklebte Erzeugnis von einer echten Seidentapete nicht zu unterscheiden.

Auch die Herstellung zahlreicher besonderer Verpackungspapiere beruht auf der Gaufrage, wie z. B. der Kugel-, Erbsen- und Pyramidenpapiere. Diese Erzeugnisse sind dadurch gekennzeichnet, daß sie in regelmäßigen Abständen sich wiederholende, nach beiden Seiten heroorstehende Kuppeln, Pyramiden usw. von 2 bis 3 Millimeter Höhe haben. Solche Papiere verwendet man besonders zur Verpackung von empfindlichen Gegenständen, bei denen man Watte, Holzwole usw. nicht benutzen kann, wie z. B. bei Schokoladen und ähnlichen Dingen. Diese Papiere haben durch die eigenartige Gaufrage eine besonders hohe Elastizität und Schmiegsamkeit.

Während die Papiere infolge ihrer geringen Dichte, die es ermöglicht, sie aufzurollen, in endlosen Rollen gaufriert werden, muß man sich bei den Pappen, die in bestimmten Sorten ebenfalls sehr oft gaufriert werden, der Bogengaufrage bedienen. Nur bei dünneren Kartons ist die Rollengaufrage möglich. Auch bei Pappen spielt diese Veredlung eine große Rolle, da sie dadurch für viele Zwecke der modernen Verpackungsmittelindustrie besonders brauchbar werden und eine vielfältige Verwendungsmöglichkeit erhalten. Infolge der Stärke der Pappen ist hier die Musterung nur einseitig deutlich erkennbar.

Jeder Stoff erfordert zur zweckmäßigen Behandlung auch besondere Maschinen. Alle hier in Frage kommenden Stoffe werden in Gaufriermaschinen behandelt, die je nachdem Rollen- oder Bogengalander sein können. Die Buntpapierfabrikation bedient sich sowohl der Rollen- als auch der Bogengaufrage. Bei den Tapetenpapieren hingegen kommt erklärlicherweise nur die Rollengaufrage in Anwendung, die das Rohpapier von einer Rolle entnimmt und nach der Behandlung wieder zu einer solchen aufwickelt. Hierher gehört auch die Gaufrage der Untrustaähnlichen Stoffe. Auch das Füllgranimieren, das man besonders bei den Zigarettenpapieren und ähnlichen viel anwendet, besonders aber auch bei den Papieren, die als Leinwandersatz zu Tischdecken, Servietten usw. dienen, bedient man sich ebenfalls der Rollengaufrage.

Die Herstellung der künstlichen Wasserzeichen in Schreibpapieren und ähnlichen beruht ebenfalls auf der Gaufrage, wie ja auch die schon erwähnte Leinenprägung. Hier kommt sehr viel auch die Bogengaufrage in Anwendung, aber auch, namentlich bei lehterer, die Rollengaufrage. Das Gaufrieren von Pappen, Wulstfaser, Kofferpappen usw. erfolgt infolge der Eigenart des Stoffes und der Stärke der Pappen nur in Bogen und erfordert natürlich schwere Maschinen.

Jr. H.-C.

Berichte.

Krefeld. In unserer am 12. Mai abgehaltenen gutbesuchten Versammlung sprach Gaufrierer Kollege Dreger-Köln über „Die Bedeutung des kommenden Verbandstages“. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Hentes-Bonn, dessen Andenken von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt wurde. Anschließend besprach Kollege Dreger nach einer einleitenden Darstellung der demokratischen Grundlage unseres Verbandes die Anträge zum Verbandstag, von denen ein großer Teil in Untertitel der wirtschaftlichen Verhältnisse gestellt worden sind und die deshalb unmöglich zur Annahme kommen können. Einem Pflichtbeitrag kann Redner nicht zustimmen, weil durch diesen ein Wöspringen vieler erwerbsloser Mitglieder erfolgen würde. Die Möglichkeit, in beitragsfreien Wochen den Beitragsanteil für die Invalidenunterstützung zahlen zu können, hält er nur dann für gegeben, wenn diese Unterstützung obligatorisch eingeführt wird. Den Wiederausbau der „Buchbinder-Zeitung“ glaubt er empfehlen zu müssen, da heute viele Mitglieder eine Zeitung nicht halten können. Der Verbandstag steht vor sehr wichtigen Aufgaben, und wir wollen hoffen, daß er Ersprießliches leistet. Die Versammlung dankte dem Redner durch lebhaften Beifall.

Zum Schluß der Versammlung kam folgender Fall zur Sprache: Die Firma Bolten Söhne hat ihrem Personal ein Schriftstück zur sofortigen Unterschrift vorgelegt, in dem dieses auf die Ferien, soweit sie drei Tage übersteigen, verzichtet. Leider hat der größte Teil der nur schlecht organisierten Kollegenschaft unterschrieben. Ein Versuch des Gaufrierers und des Vorsitzenden, bei der Firma vorstellig zu werden, scheiterte daran, daß sich die Inhaber wegen Zeitmangels weigerten, auf eine neue Befragung einzugehen. Wir werden es selbstverständlich nicht dabei belassen. Nicht zu verstehen ist, daß es die dort stehenden organisierten Kollegen nicht für nötig fanden, sich vor der Unterschriftsleistung an die Ortsverwaltung zu wenden. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem dringenden Ersuchen, unter keinen Umständen irgend etwas zu unterschreiben und in Zukunft die Versammlungen gut zu besuchen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

1. Einstellung der Lokalunterstützung in Bonn. In der Zahlstelle Bonn kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Lokalunterstützung für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausgezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder hiervon Kenntnis zu nehmen.

* * *

2. Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen allen Kassierern der Gaue und Zahlstellen überhandt worden. Desgleichen die Konjunkturberichtsarten für die Betriebe. Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen ist der 28. Mai und für die der Kurzarbeiter die Woche vom 22. bis 28. Mai. Ebenso ist für die Konjunkturberichte der Stand vom 28. Mai maßgebend.

Wir bitten sehr darum, alle Karten so zeitig abzugeben, daß sie spätestens am 3. Juni in unserem Besitz sein können. Sollten an einem Ort die Karten nicht eingetroffen sein, bitten wir dieses uns umgehend mitteilen zu wollen.

* * *
Adressänderungen:

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.
Bonn: B: Peter Schaaf, Sternenburgstr. 91.
K: Rich. Schieffer, Argeländer Str. 67.
Auszahlung von 17—19 Uhr.

Der Vorstand.